



**EUROPÄISCHES NACHBARSCHAFTS- UND
PARTNERSCHAFTSINSTRUMENT**

MAROKKO

**STRATEGIEPAPIER
2007 -2013**

Inhalt

Seite

0. ÜBERBLICK	3
1. ZIELE DER POLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION	4
2. ZIELE DER REGIERUNGSPOLITIK	6
3. ANALYSE DER LAGE DES LANDES	9
3.1. Politische Lage	9
3.2. Wirtschaftliche Lage	12
3.3. Strukturreformen	15
3.4. Soziale Lage	17
3.5. Umweltsituation	18
3.6. Querschnittsfragen.....	19
4. KOOPERATIONSPROGRAMME	20
4.1. Gemeinschaftsprogramme	20
4.2. Mitgliedstaaten	22
4.3. Weitere Geldgeber.....	22
4.4. Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit	23
5. HILFESTRATEGIE DER EU	24
5.1. Grundsätze und allgemeine Ziele	24
5.2. Prioritäten und spezifische Ziele der Zusammenarbeit im Zeitraum 2007-2013	24
5.3. Komplementarität und Kohärenz mit dem regionalen Strategiepapier und den anderen Außenbeziehungsinstrumenten ..	29
Anhang 1 - Eckdaten	31
Anhang 2 - Marokko - Umweltprofil	32
Anhang 3 - Verzeichnis der Geber	37
Anhang 4 - Wirtschaftsanalyse	38
Anhang 5 - Abkürzungsverzeichnis	43

0. ÜBERBLICK

Das Königreich Marokko ist ein privilegierter Partner der Europäischen Union (EU). Die EU ist der wichtigste Markt für Ausfuhren aus Marokko. Zugleich ist sie der wichtigste private und öffentliche externe Investor des Königreichs und sein wichtigster Tourismusmarkt. Außerdem trägt Marokko als strategisches Transitland für das algerische Gas und als Stromexporteur nach Spanien zur Sicherheit der Energieversorgung der EU bei. Der Austausch von Menschen nimmt immer mehr zu: Die EU ist das wichtigste Ziel für marokkanische Wanderarbeiter, und immer mehr Europäer wählen Marokko als Urlaubsort oder auch als Wohnsitz. Auch der berufsbezogene Austausch nimmt kontinuierlich zu.

Das am 1. März 2000 in Kraft getretene Assoziierungsabkommen bildet den rechtlichen Rahmen für die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Marokko. Neben der schrittweise zu errichtenden Freihandelszone sieht es zahlreiche Bereiche der politischen, wirtschaftlichen, sozialen, wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit vor.

Seit 2004 und ergänzend zum 1995 in Barcelona auf den Weg gebrachten Prozess der Partnerschaft Europa-Mittelmeer hat die Europäische Union die **Europäische Nachbarschaftspolitik** (ENP) eingerichtet, die für die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und ihren Nachbarn im südlichen Mittelmeer einen neuen Rahmen schafft. Die ENP berücksichtigt die zunehmenden wechselseitigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union (EU) und ihren Nachbarstaaten im Bereich der Stabilität, der Sicherheit und der nachhaltigen Entwicklung. Auf der Grundlage gemeinsamer Werte zielt die ENP darauf ab, die Partnerschaft zu vertiefen, um Reformen umzusetzen, die erforderlich sind, um einen Raum des Wohlstands und der Stabilität zu schaffen. In diesem neuen Kontext hat Marokko als eines der ersten Mittelmeerländer einen ENP-Aktionsplan mit der EU unterzeichnet.

Eine bessere Regierungsführung und eine wirksame Förderung der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte sind wichtige Ziele der Außenpolitik der Europäischen Union. Diese grundsätzliche politische Auffassung, aus der neue politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aufgaben erwachsen, wird vom Königreich Marokko uneingeschränkt geteilt. Marokko verfolgt einen Kurs der Demokratisierung und der Konsolidierung des Rechtsstaats, der in der Region als besonders fortschrittlich gilt.

Das Wirtschaftswachstum ist jedoch noch zu schwach, als dass gleichzeitig Arbeitslosigkeit und Armut bekämpft werden könnten, von denen 9 % bzw. 14 % der Bevölkerung unmittelbar betroffen sind. Daher muss die Strategie der EU in Marokko auf die beiden wichtigsten Probleme reagieren, die die politische, wirtschaftliche und soziale Agenda Marokkos beherrschen: Es gilt, zum einen die Spirale schwaches Wirtschaftswachstum/Arbeitslosigkeit/Armut/Migration aufzubrechen und zum anderen auf externer Ebene das Assoziierungsabkommen und den ENP-Aktionsplan erfolgreich umzusetzen.

Das vorliegende Länderstrategiepapier (LSP) bietet den strategischen Rahmen, in den die Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft im Zeitraum 2007-2013 eingebunden ist. Auf der Grundlage einer umfassenden Bewertung der politischen Agenda des Partnerlandes sowie seiner politischen und sozioökonomischen Situation beschreibt das Strategiepapier die Ziele der Zusammenarbeit der EU, die politische Antwort auf die Anfragen Marokkos und die Kernbereiche der Zusammenarbeit. Der Prozess der Ausarbeitung des Strategiepapiers ist das

Ergebnis einer kontinuierlichen Überprüfung der politischen und wirtschaftlichen Situation Marokkos durch die Dienststellen der Kommission, die in enger Zusammenarbeit mit den Vertretern der Regierung und den Vertretern der Mitgliedstaaten vor Ort erfolgt.

In diesem Kontext wird die EG ihre Anstrengungen insbesondere auf die folgenden Schwerpunktbereiche konzentrieren:

- Soziales, insbesondere Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung;
- Nationale Initiative für menschliche Entwicklung (*Initiative Nationale pour le Développement Humain* - INDH);
- wirtschaftliche Modernisierung, insbesondere durch eine Unterstützung der Stärkung des Privatsektors, Stärkung der Berufsbildung, Modernisierung der Unternehmen, der Landwirtschaft und der Fischerei, des Verkehrswesen und des Energiebereichs und grundsätzlich Verbesserung des Investitionsrahmens und des Wettbewerbs im Rahmen einer offenen Marktwirtschaft;
- institutionelle Unterstützung zur Umsetzung des Assoziierungsabkommens und des ENP-Aktionsplans;
- gute Regierungsführung und Förderung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten;
- Umweltschutz.

1. ZIELE DER POLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION

Allgemeine Ziele der Außenpolitik der EU

Die Außenpolitik der Europäischen Union zielt ganz allgemein darauf ab, die gemeinsamen Werte der europäischen Staaten zu bewahren, in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen Frieden und Sicherheit zu fördern und die internationale Zusammenarbeit voranzubringen. Sie zielt außerdem auf die Förderung einer besseren Regierungsführung durch die Entwicklung und den Ausbau der Demokratie sowie die Förderung der Rechtsstaatlichkeit und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ab.

Die europäische Sicherheitspolitik

Im Dezember 2003 hat die EU die „Europäische Sicherheitsstrategie“ angenommen, in der anerkannt wird, dass die Europäische Union als Zusammenschluss von 25 Staaten mit über 450 Millionen Einwohnern, die ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts (BIP) weltweit erwirtschaften, ein globaler Akteur ist. Eine der Prioritäten der Europäischen Sicherheitsstrategie lautet, dass „wir darauf hinarbeiten (müssen), dass östlich der Europäischen Union und an den Mittelmeergrenzen ein Ring verantwortungsvoll regierter Staaten entsteht, mit denen wir enge, auf Zusammenarbeit gegründete Beziehungen pflegen können.“ In der Sicherheitsstrategie wurde außerdem ganz klar festgehalten, dass eine Weltordnung auf der Grundlage eines wirksamen Multilateralismus angestrebt werden müsse, und es wird die Frage der Energieabhängigkeit und Versorgungssicherheit der EU aufgeworfen.

Die europäische Entwicklungspolitik

Das wichtigste Ziel der europäischen Entwicklungspolitik ist die Bekämpfung und die Beseitigung der Armut – ergänzende Ziele sind die Förderung einer verantwortungsvollen Regierungsführung und die Achtung der Menschenrechte. Die konkreten Ziele der Europäischen Union in der Entwicklungszusammenarbeit sind klar und deutlich in der

„Gemeinsamen Erklärung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der Kommission zur Entwicklungspolitik der Europäischen Union“ vom 24. Februar 2006 (ABl. C 46/2006, S. 1) enthalten, die den Titel trägt: „Der Europäische Konsens“ und in der die Beseitigung der Armut und die nachhaltige Entwicklung als wichtigste Ziele dieser Politik genannt werden.

Im Dezember 2005 hat der Europäische Rat eine Strategie der EU für Afrika angenommen, die einen langfristigen strategischen Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika auf allen Ebenen - mit den panafrikanischen Institutionen wie der Afrikanischen Union, den regionalen Organisationen und den nationalen Regierungen - bietet. Diese Strategie ruht auf drei Säulen: (i) Erhaltung von Frieden, Sicherheit und verantwortungsvoller Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten als Grundbedingungen für die Entwicklung, (ii) Entwicklung der regionalen Integration, der Handelsbeziehungen und der Vernetzung zur Förderung der Wirtschaftsentwicklung und (iii) Verbesserung des Zugangs zu grundlegenden Sozialdiensten (Gesundheit, Bildung), menschenwürdige Arbeit und Umweltschutz. Für die Partnerländer, mit denen die EU im Rahmen der Nachbarschaftspolitik zusammenarbeitet, fügt sich die Nachbarschaftspolitik in die für Afrika vorgesehene Strategie ein. Vorrang haben in diesem Zusammenhang die Maßnahmen zur Förderung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen, die für die Integration in den Raum Europa-Mittelmeer erforderlich sind.

Zur Umsetzung ihrer Außenpolitik verfügt die Europäische Union über vielfältige Instrumente. Mit der Festlegung der Ziele für die Zusammenarbeit der EU mit Marokko kann daraus ein Bündel aufeinander abgestimmter Instrumente ausgewählt werden, die eine größtmögliche Effizienz der Zusammenarbeit versprechen.

Strategische Ziele der Zusammenarbeit mit Marokko

Das Assoziierungsabkommen

Die Europäische Union und Marokko haben 1996 ein Assoziierungsabkommen (AA) unterzeichnet, das im Jahr 2000 in Kraft getreten ist. Dieses Abkommen bildet den allgemeinen Rahmen für die Beziehungen zwischen der EU und Marokko im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereich. Das Abkommen fügt sich in den umfassenderen Kontext des Barcelona-Prozesses ein, der 1995 eingeleitet wurde.

Im Assoziierungsabkommen wird betont, dass eine ausgewogene Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen der beiden Parteien¹ angestrebt wird, um die Entwicklung und den Wohlstand Marokkos und des marokkanischen Volkes zu fördern. Festgelegt sind außerdem die Bedingungen für eine allmähliche Liberalisierung der Handelsbeziehungen und damit der Bedingungen für die Errichtung einer Freihandelszone zwischen den beiden Parteien². Hierzu wird die Aufnahme einer Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und finanziellen Bereich vorgeschlagen.

Im Rahmen des AA wurden zehn Arbeitsgruppen oder Unterausschüsse eingerichtet, darunter insbesondere ein neuer Unterausschuss „Menschenrechte, Demokratisierung und Staatsführung“. Es wurde ein vertiefter politischer Dialog etabliert. Eine ganze Reihe

¹ Artikel 1.2 Absatz 3 des Assoziierungsabkommens.

² Titel II des Assoziierungsabkommens.

sektoraler Abkommen wurden bereits ausgehandelt oder befinden sich in der abschließenden Verhandlungsphase, insbesondere ein Abkommen über die Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs und des Niederlassungsrechts sowie über die Liberalisierung des Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen und ein Abkommen über die Rücknahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt, eine Partnerschaftsvereinbarung für die Fischerei (abgeschlossen am 28. Juli 2005) und ein Abkommen über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit (unterzeichnet 2003, in Kraft getreten im März 2005). Alle diese Abkommen belegen die Dynamik und die Qualität der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Marokko.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik

Im Jahr 2004 hat die EU ein neues Instrument mit der Bezeichnung Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) eingerichtet, in dessen Rahmen Marokko und den anderen Nachbarländern der EU angeboten wird, gemeinsam eine Region des Friedens, der Stabilität und des Wohlstands zu errichten. Die Europäische Nachbarschaftspolitik zielt darauf ab, das Entstehen neuer Trennlinien zwischen der EU und ihren Nachbarn zu verhindern, indem sie ihnen engere Beziehungen im Sicherheitsbereich sowie in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Soziales und Kultur anbietet. Sie verfolgt außerdem eines der in der „Europäischen Sicherheitsstrategie“ festgelegten strategischen Ziele, nämlich die Stärkung der europäischen Sicherheit in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft.

In der Praxis will die EU die Beziehungen zu ihren Partnerländern vertiefen und bietet dazu mehr Unterstützung bei der Umsetzung von politischen, wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Reformen an sowie eine allmähliche Beteiligung am Binnenmarkt und die Möglichkeit zur Teilnahme an bestimmten europäischen Programmen. Geschwindigkeit und Intensität dieses Prozesses hängen vom Willen der einzelnen Partnerländer ab, sich in diesem umfangreichen Prozess zu engagieren, sowie von den jeweils vorhandenen Mitteln. Für Marokko wurden entsprechende spezifische Ziele im Rahmen des ENP-Aktionsplans EU-Marokko festgelegt, der im Juli 2005 von beiden Partnern angenommen wurde.

2. ZIELE DER REGIERUNGSPOLITIK

Seit einigen Jahren verfolgt Marokko eine allgemeine Politik, die auf drei unterschiedlichen, aber weitgehend komplementären Säulen ruht: zunächst eine allmähliche aber konsequent fortgesetzte Entwicklung hin zu einer vollwertigen Demokratie und einem Rechtsstaat, der dem seiner europäischen Nachbarn entspricht; sodann ein stärkeres und stabileres Wirtschaftswachstum, durch das viele qualifizierte Arbeitsplätze entstehen; und schließlich die Stärkung des sozialen Zusammenhalts, die Bekämpfung der Armut und der Abbau sozialer Defizite sowie Hilfe für die am stärksten benachteiligten Menschen. Dies ist nur erreichbar, wenn Marokko den Prozess des Übergangs und der politischen Öffnung weiter konsolidiert, seine Wirtschaftsleistung verbessert, die Modernisierung seiner Wirtschaftsstruktur weiter vorantreibt, seine institutionellen Reformen fortsetzt und intensiviert sowie eine effizientere und gerechtere Sozialpolitik betreibt.

Die Entschlossenheit Marokkos, eine enge Assoziierung mit der EU einzugehen, zielt in erster Linie auf die Fortsetzung seines demokratischen Reformprozesses, die Modernisierung seines Produktionsapparats und seiner Institutionen sowie auf die Stärkung seiner Handelskapazität ab. Das Assoziierungsabkommen und der ENP-Aktionsplan sind wichtige Prioritäten in der marokkanischen Politik. Marokko betrachtet den ENP-Aktionsplan als ehrgeiziges Unterfangen und als erste positive Antwort Europas auf den Wunsch Marokkos nach einem

„fortgeschrittenen Status“ in den Beziehungen zur EU, den S.M. König Mohammed VI im Jahr 2005 formuliert hat. Der ENP-Aktionsplan *stellt sich als Mitverantwortung Europas für die Entwicklung des Landes dar, als reale Partnerschaft vor allem auf der Grundlage des Entwicklungsprogramms der marokkanischen Regierung*, denn es gilt, den politischen Prioritäten der einzelnen Partner der EU und dem intensiven Rhythmus ihrer Reformen Rechnung zu tragen. Es geht um zahlreiche erforderliche Anpassungen zur Verwirklichung der gemeinsam festgelegten Ziele, die von Marokko eine umfassende und an den folgenden Achsen ausgerichtete Modernisierung verlangen:

Entwicklung der Wirtschaft

- Förderung von Wachstum und Entwicklung Die Regierung strebt ein starkes Wirtschaftswachstum an, durch das im Zuge der Modernisierung und der Förderung von Investitionen Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Anstrengungen in diesem Bereich gelten insbesondere der Modernisierung der Produktionsbasis durch eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Zuge der Einführung neuer Technologien, der Förderung der Ausfuhr, einer verbesserten Effizienz des Finanzsektors sowie einer Lösung des Grund- und Bodenproblems und der Modernisierung des (staatlichen und privaten) Berufsbildungsangebots, um auf den Bedarf der Unternehmen zu reagieren.
- Diversifizierung der Quellen des Wirtschaftswachstums unter vorrangiger Entwicklung neuer Sektoren;
- Verbesserung des Geschäfts- und Investitionsklimas durch die Fortführung der Reform des ordnungspolitischen Rahmens, wobei insbesondere abgezielt wird auf eine Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, den Schutz der Investoren, das Eigentumsrecht und die Stärkung der Verträge;
- Verbesserung der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen angesichts der Auswirkungen des Zollabbaus gegenüber der EU, wobei einer Erweiterung der Besteuerungsgrundlage, der Beschränkung der Steuervergünstigungen und der Verringerung der Zahl der MwSt.-Sätze Priorität zukommt.
- Stärkung der Grundlagen der Landwirtschaft. Marokkos landwirtschaftliches Potenzial ist unbestritten. Die Landwirtschaft muss einen positiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten. Durch die klimatischen Unwägbarkeiten allein ist das schlechte Ergebnis des Sektors nicht zu erklären, auch die Preisstrukturen und Schutzmechanismen tragen ihren Teil dazu bei.

Soziale Entwicklung und Armut

Auf diesem Gebiet hat Marokko eine Reihe von ordnungspolitischen und legislativen Maßnahmen sowie Interventionsstrategien ausgearbeitet, die das gesamte soziale Handlungsfeld abdecken. So wurde anlässlich des 50. Jahrestages der Unabhängigkeit auf Initiative König Mohammed VI. ein von einer Gruppe renommierter nationaler Experten ausgearbeiteter und im Januar 2006 veröffentlichter Bericht mit dem Titel: *50 Jahre menschliche Entwicklung in Marokko und Perspektiven für 2025* („50 ans de développement humain au Maroc et perspectives pour 2025») veröffentlicht. In diesem Bericht werden die Anstrengungen dargestellt, die bisher im Königreich Marokko im sozialen Bereich unternommen wurden, die vorhandenen Defizite beleuchtet und langfristige Entwicklungsperspektiven aufgezeigt. Der Bericht ist das ambitionierteste Unterfangen des Landes in diesem Bereich, mit dem die tatsächliche soziale Lage erforscht und öffentlich gemacht wird.

Ferner hat der König mit seiner Rede vom 18. Mai 2005 die Nationale Initiative für die menschliche Entwicklung (*Initiative Nationale pour le Développement Humain - INDH*) auf den Weg gebracht, einen politischen Rahmen, in dem bestimmte Ziele für die soziale Entwicklung festgelegt sind, wozu vor allem der Abbau sozialer Defizite, die Bekämpfung der Armut und die Unterstützung besonders benachteiligter Personengruppen gehören.

Schließlich sind weitere Dokumente zu nennen, die die Anstrengungen zur Reform des sozialen Bereichs aufzeigen, insbesondere die Nationale Charta für allgemeine und berufliche Bildung (*Charte Nationale d'Education et de Formation*), der Strategische Rahmen für die Entwicklung des Bildungswesens (*Cadre stratégique de développement du système éducatif*) oder die erst kürzlich veröffentlichte Nationale Strategie für die Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frau und Mann (*Stratégie nationale pour l'équité et l'égalité entre les sexes*). Der Gesundheitsbereich arbeitet im Rahmen einer mittelfristigen Strategie.

Alle diese Dokumente verdeutlichen einige gemeinsame Anliegen:

- Valorisierung der Humanressourcen Hierbei geht es vor allem um die Reform der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung. Im Rahmen der Nationalen Charta für die Bildung zielt die Reform insbesondere auf die Entwicklung und die Didaktik der Grundbildung, der höheren Bildung und der beruflichen Bildung ab. Außerdem geht es um die Bekämpfung des Analphabetentums bei Jugendlichen und Erwachsenen (vor allem Frauen), die nach wie vor ein vorrangiges Anliegen der Regierung ist. Im Gesundheitsbereich zielen die laufenden Reformen auf eine qualitative Verbesserung der öffentlichen Gesundheit sowie auf einen breiteren Zugang zu Gesundheitsleistungen und medizinischer Versorgung ab.
- Soziale Entwicklung Um für eine gerechtere Verteilung der Früchte des Wirtschaftswachstums zu sorgen, sind die Hauptziele der Sozialpolitik die Armutsbekämpfung und ein breiterer Zugang zu den grundlegenden sozialen Diensten, die Erweiterung des Sozialschutzes und die Strategie für eine breitere Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen, einschließlich der Frauen, an der Entwicklung des Landes. Dieser Politikbereich hat durch die INDH starke Impulse erfahren.

Entwicklung der Institutionen

- Reform der öffentlichen Verwaltung und der staatlichen Unternehmen Dies ist ein Schwerpunktbereich der Regierung. Eines der angestrebten Ziele ist die Wiederausrichtung der Rolle des Staates auf seine vorrangigen Aufgaben, die weitere Verringerung und sachgerechte Verwendung der öffentlichen Ausgaben – einschließlich der Belastung durch die Lohnsumme –, die Steigerung ihrer Effizienz und somit ein aktiverer Beitrag zur Entwicklung des Landes und das Aufholen des Rückstands bei der Modernisierung der öffentlichen Unternehmen.

Landesentwicklung und Raumordnung, regionale Integration

- Entwicklung des ländlichen Raums und Abbau der regionalen Disparitäten Die Landwirtschaft ist in Marokko nach wie vor der wichtigste Motor der ländlichen Entwicklung. Abgesehen von ihrer strategischen Rolle für die inländische

Nahrungsmittelsicherheit spielt die Landwirtschaft eine wichtige Rolle für den produzierenden Bereich, die Beschäftigung, die Raumordnung und die Umwelt. Aufgrund der vorhersehbaren Steigerung des Bedarfs an Nahrungsmitteln wird die Anpassung der Produktionsweise an die Bedürfnisse des (sich immer stärker öffnenden) Marktes unumgänglich.

- Raumordnung und Organisation der städtischen Bereiche Vor dem Hintergrund der angestrebten nachhaltigen Entwicklung müssen die regionalen Disparitäten abgebaut und parallel zur Entwicklung der städtischen Gebiete die Bedingungen auf dem Land verbessert werden.
- Regionale Integration Abgesehen von ihrer politischen Dimension stellt die wirtschaftliche Integration der Regionen ein wichtiges Element der Wirtschaftsentwicklung des Landes dar. Insbesondere muss der Wirtschaftsraum groß genug sein, damit die für die meisten Anlageinvestitionen erforderlichen Größenvorteile gegeben sind.

3. ANALYSE DER LAGE DES LANDES

Mit einer Bevölkerung von mehr als 30 Mio. Einwohnern ist Marokko das bevölkerungsreichste Land des Mittelmeerraums. Das Pro-Kopf-Einkommen betrug 2004 1 300 EUR, womit Marokko unter dem regionalen Durchschnittswert von 1 375 EUR liegt. Diese Zahlen müssen jedoch angesichts des beträchtlichen Gewichts der informellen Wirtschaft differenziert betrachtet werden.

3.1. Politische Lage

Marokko ist eine konstitutionelle Monarchie. König Mohamed VI. hat 1999 den Thron bestiegen. Durch die Verfassung von 1996 wurden die Befugnisse des Parlaments gestärkt und ein Zweikammersystem eingeführt. Bei den letzten Wahlen im September 2002 bildete sich eine breite Koalition um die beiden größten Parteien, die *Union Socialiste des Forces Populaires* (USFP) und die konservative Partei *Istiqlal*. Die wichtigste Partei der Opposition ist die der Strömung des politischen Islam zugehörige Partei PJD (*Parti de la Justice et du Développement*). Die nächsten Wahlen werden 2007 stattfinden.

Seit einigen Jahren verfolgt Marokko gezielt einen aktiven Modernisierungs- und Demokratisierungsprozess. Vor allem im Bereich der demokratischen Reformen und der Achtung der Menschenrechte wurden unstrittige Fortschritte erzielt. Zu nennen sind hier die Verabschiedung des neuen Familienrechts, das Gesetz über die politischen Parteien, das Antifoltergesetz, die Stärkung der lokalen Demokratie, die begonnene, jedoch noch sehr langsame und schwierige Reform der Justiz und des Strafvollzugs sowie die Ausarbeitung eines neuen Wahlrechts. Aufgrund der Empfehlungen der Versöhnungskommission *Instance Equité et Réconciliation* (IER), die eingerichtet wurde, um den von Opfern der willkürlichen Verhaftungen und des „Verschwindenlassens“ erlittenen Schaden wiedergutzumachen, wurden mehrere neue Vorhaben eingeleitet, unter anderem im Bereich der Verfassungsreform.

Die Politik der derzeitigen Regierung ist durch die Suche nach einem Konsens geprägt, der den laufenden Reformen breite Unterstützung sichert. Dadurch erfolgt die Umsetzung der Reformen zuweilen langsamer als geplant. Um den Erfolg und die Dauerhaftigkeit dieser

Reformen zu sichern, muss sich Marokko die notwendigen Mittel für ihre Umsetzung an die Hand geben.

Es wurde ein Beratendes Gremium für Menschenrechte (*Conseil Consultatif des Droits de l'Homme*) eingesetzt, das höchst wahrscheinlich verstärkt wird, damit es seine verantwortliche Rolle bei der Koordinierung der Umsetzung der Empfehlungen des IER wahrnehmen kann. Die Interministerielle Kommission für Grundfreiheiten und Menschenrechte (*Commission Interministérielle chargée des libertés et des droits de l'homme*), in der der Premierminister den Vorsitz führt, hat die Entscheidung der Regierung angekündigt, einige der Vorbehalte zur von Marokko unterzeichneten internationalen Menschenrechtskonventionen zurückzuziehen³. Die Kommission hat außerdem angekündigt, dass Marokko dem fakultativen Protokoll des Übereinkommens über die zivilen und politischen Rechte beitreten wird, das die Beschwerdeverfahren betrifft, und dass die noch vorhandenen Vorbehalte zum Frauenrechtsübereinkommen und ihrem fakultativen Protokoll weiter überprüft werden. Das Verfahren für die Aufhebung der genannten Vorbehalte ist im Gang; Marokko hat Anfang 2006 bei den Vereinten Nationen ein entsprechendes Dossier hinterlegt. Die Möglichkeit, dem fakultativen Protokoll des Übereinkommens zu den zivilen und politischen Rechten in Bezug auf die Todesstrafe beizutreten, wurde noch nicht geprüft, obwohl der Schlussbericht der IER (Dezember 2005) den Beitritt empfohlen hat.

Trotz dieser Fortschritte muss Marokko seine Anstrengungen in den Bereichen Demokratisierung, weitere Verankerung der Menschenrechte, gute Regierungsführung und Stärkung des Rechtsstaats fortsetzen, indem es seine Gesetze entsprechend ergänzt und geeignete Durchführungsdekrete erlässt. Außerdem muss die operative Kapazität spezialisierter Gremien gestärkt werden, die eingerichtet wurden, um für einen besseren Schutz der Bürgerrechte zu sorgen, und es muss eine echte Kultur der Achtung der Menschenrechte gefördert werden.

Was die Achtung der **Minderheiten** anbelangt, so wurde das *Institut Royal de la Culture Amazigh* eingerichtet, das neben der Förderung dieser Kultur die Aufgabe hat, für die Integration der Sprache der Berber in das Bildungswesen zu sorgen. Bestimmte Pilotprojekte laufen bereits.

Das Niveau der **Freiheit der Medien** sowie der Organisationen der Bürgergesellschaft ist im Vergleich zu anderen Ländern der Region hoch.

Das Gewicht der **Frauen** in der Politik ist nach wie vor äußerst gering. Bis 2002 waren nie mehr als zwei Frauen im Parlament vertreten. 2002 wurde durch die Einführung einer nationalen Frauenliste ein merklicher Fortschritt erreicht. Dadurch wurden fünfunddreißig Frauen (30 über die nationalen Listen, 5 über die lokalen Listen) ins Parlament gewählt. Sie stellen inzwischen 10,8 % der Abgeordneten. Dennoch bestehen nach wie vor ganz erhebliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen was die Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen angeht.

³ Es handelt sich um Artikel 14 des Übereinkommens zur Beseitigung von Rassendiskriminierung und die Artikel 20 und 22 des Übereinkommens gegen Folter. Diese Artikel betreffen die Beschwerde-Mechanismen und die Durchführung von Untersuchungen durch die betreffenden Ausschüsse. Der Vorbehalt zu Artikel 14 des Kinderrechtsübereinkommens (Gewissensfreiheit) wurde zurückgezogen und durch eine erläuternde Erklärung ersetzt (auch wenn diese de facto einen Vorbehalt darstellt – die marokkanischen Kinder kommen mit einer offiziellen Religion auf die Welt).

Die **Korruption** ist trotz entsprechender Erklärungen der Regierung und ihrer Entschlossenheit, diesem Missstand einen Riegel vorzuschieben, nach wie vor ein großes Problem. Eine große Kluft trennt die verschiedenen Schichten der marokkanischen Bevölkerung. Verschlimmert wird dieser Zustand durch das Fehlen klarer Umverteilungsmechanismen und geeigneter „sozialer Netze“. Entsprechende Reformen sind zwar im Gang oder in Vorbereitung, doch angesichts der Ausmaße des Problems gehen sie noch nicht weit genug.

In der **Außenpolitik** nimmt Marokko in den internationalen und regionalen Initiativen, vor allem aber bei der Partnerschaft Europa-Mittelmeer, eine aktive Rolle wahr. Ferner gehört Marokko mit Tunesien, Ägypten und Jordanien zu den Unterzeichnern des Vertrags von Agadir, durch den eine Freihandelszone unter den südlichen Mittelmeerländern, die ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union unterzeichnet haben, eingerichtet werden soll. Marokko hat außerdem ein Freihandelsabkommen mit der Türkei und mit den Vereinigten Staaten unterzeichnet.

Marokko gehört zu den ersten Unterzeichnerstaaten der Union des arabischen Maghreb (*Union du Maghreb Arabe* - UMA). Das Land gehört aber nicht zur Afrikanischen Union. Die Teilnahme Marokkos an den Arbeiten der UMA wurde durch die Lage in der Westsahara beeinflusst. Der neue Plan zur Regelung dieses Konflikts, der im Mai 2001 von den Vereinten Nationen vorgeschlagen wurde, wurde noch nicht von allen Parteien gebilligt. Die Lösung des Westsahara-Konflikts ist von entscheidender Bedeutung für die Stabilität und die regionale Entwicklung im Mittelmeerraum.

Marokko ist seit Ende des französischen Protektorats im Jahr 1956 Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen (UNO), seit 1958 Mitglied der Arabischen Liga, Mitglied der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), Mitglied der Union des Arabischen Maghreb (UMA) und Gründungsmitglied des so genannten *Dialogue 5+5* (Gipfeltreffen der Staaten des westlichen Mittelmeerraums, d. h. Portugal, Spanien, Frankreich, Italien, Malta, Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, Mauretanien). Im Wirtschaftsbereich ist Marokko Mitglied des Weltwährungsfonds (WWF), der Weltbank, Gründungsmitglied der Welthandelsorganisation (WTO), der Weltzollorganisation (WZO), der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) und der Berner Union zum Schutz literarischer und künstlerischer Werke.

In den Beziehungen zu den **Mitgliedstaaten der Europäischen Union** ist die Frage der illegalen Einwanderung wohl eines der Probleme, die am meisten Anlass zu Besorgnis geben. In der Tat wird geschätzt, dass es neben den zwei Millionen Marokkanern, die sich legal in der Europäischen Union aufhalten, eine weitere Million gibt, die zwar dort leben, aber kein Aufenthaltsrecht haben. Marokko ist außerdem ein Transitland für illegale Einwanderer aus Ländern südlich der Sahara auf dem Weg in die Europäische Union.

Marokko unterstützt die **Europäische Nachbarschaftspolitik** voll und ganz. Es teilt die Ansicht, dass die Nachbarschaftspolitik und die ENP-Aktionspläne die Möglichkeit bieten, eine klare politische Botschaft auszusenden, die sich aus dem gemeinsamen politischen Ziel ergibt, auf einen Status hinzuarbeiten, der weiter reicht als der Status eines assoziierten Partners, und durch kurzfristige Aktionen und eine mittelfristige politische Perspektive die Anbindung an Europa zu verwirklichen. Der ENP-Aktionsplan enthält auch eine regionale Dimension, die die Rolle Marokkos im Maghreb betrifft.

Marokko sollte als Land, das sich der Herausforderungen der afrikanischen Welt bewusst ist, stärker am Dialog zwischen der Europäischen Union und der Afrikanischen Union beteiligt

werden. Marokko beteiligt sich zunehmend an den Anstrengungen der Vereinten Nationen und der nordafrikanischen Zusammenschlüsse für Frieden, Stabilität und nachhaltige Entwicklung in Afrika; dies bezeugt unter anderem sein Engagement für die Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (*Nouveau Partenariat pour le Développement de l'Afrique - Nepad*).

Die Zusammenarbeit der Europäischen Union mit Marokko im Bereich **Sicherheit/Justiz/Inneres** ist für beide Partner von Bedeutung. Im Hinblick auf die Intensivierung der Zusammenarbeit der EU mit Drittländern auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung nimmt Marokko eine Vorrangstellung ein und könnte zu einem Modell für Aktionen werden, die später auch mit anderen Partnern in der Region entwickelt werden könnten. Im Hinblick auf ein vertieftes Engagement Marokkos in der ESVP wurden Kontakte zwischen den Institutionen der Europäischen Gemeinschaft und marokkanischen Institutionen hergestellt, um einen Erfahrungsaustausch in Fragen des Krisenmanagements zu ermöglichen. Marokko hat bereits an SFOR- und KFOR-Missionen auf dem Balkan teilgenommen. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung besteht jetzt die Möglichkeit einer Intensivierung des Dialog bzw. einer spezifischen Zusammenarbeit im Rahmen einer eventuellen Beteiligung Marokkos an EUFOR und/oder im Kontext von friedenserhaltenden/friedensunterstützenden Missionen auf dem afrikanischen Kontinent.

3.2. Wirtschaftliche Lage

In den letzten fünf Jahren hatte Marokko eine gute Wirtschaftsleistung zu verzeichnen, es hat bewiesen, dass es internen und externen Erschütterungen Stand halten und seine makroökonomische Stabilität bewahren kann. Das ist eine solide Basis, um die Herausforderungen, die sich mittelfristig stellen werden, zu bewältigen. Dabei geht es insbesondere darum, vor dem Hintergrund eines zunehmend internationalen Wettbewerbs Arbeitslosigkeit und Armut abzubauen und gleichzeitig die Konsolidierung des Haushalts weiter voranzutreiben. Die mittelfristigen makroökonomischen Perspektiven und der Ausgabenrahmen, die die Grundlage der Strategie der marokkanischen Behörden bilden, reihen sich in die fortgesetzten Strukturreformen und makroökonomischer Maßnahmen ein, die ergriffen wurden, um die Inflationsrate niedrig zu halten und sowohl das binnenwirtschaftliche als auch das außenwirtschaftliche Gleichgewicht zu bewahren.

3.2.1. Wachstum

Die für den Zeitraum 2006-2008 vorausgesagte durchschnittliche Wachstumsrate liegt bei 5 %. Diese Quote ist Ausdruck einer Konsolidierung des mittleren Wachstumsniveaus der letzten fünf Jahre und zeigt zugleich die Schwierigkeit der laufenden Reformen, trotz positiver Bilanz bei der nationalen Sparquote eine echte Investitionsdynamik auszulösen. Das Wachstum dürfte im Wesentlichen auf der Inlandsnachfrage beruhen sowie in einem gewissen Maße auf der Ausfuhr, je nachdem, wie weit Marokko in der Lage ist, seine komparativen Vorteile im zunehmend internationalen Wettbewerb zu nutzen. Das makroökonomische Szenario der marokkanischen Behörden geht allerdings davon aus, dass durch die Weiterverfolgung der Strukturreformen zur Förderung der privaten Investitionstätigkeit und der Produktivität die Basis für eine gewisse Zunahme der Investitionen im nicht landwirtschaftlichen Sektor geschaffen werden dürfte. Mögliche Wachstumssektoren sind Bauwesen/öffentliche Arbeiten, Bergbau, Energie, Agrar- und Ernährungswirtschaft, Tourismus sowie sich entwickelnde wachstumsstarke Sektoren wie Telekommunikation und Elektronik. Die Industrie dürfte sich nach einem leichten Einbruch in Folge der Schwierigkeiten des Textilsektors nach dem Auslaufen des Multifaserabkommens wieder

erholen. Das Wirtschaftswachstum wird allerdings nach wie vor von den Schwankungen der landwirtschaftlichen Produktion abhängen⁴. Diese dürfte nach dem schlechten Ertragsjahr 2005 im Jahr 2006 eine sehr günstige Entwicklung zu verzeichnen haben.

Insgesamt wird die Wachstumsrate der Wirtschaft im gesamten betrachteten Zeitraum - auch angesichts des anhaltenden Zustroms von Neueinsteigern auf dem Arbeitsmarkt - nicht ausreichen, um die Arbeitslosenquote merklich zu senken. Immerhin aber hat die Wachstumsrate der letzten fünf Jahre dazu beigetragen, die Arbeitslosigkeit in den Städten von 22 % im Jahr 1999 auf 18,3 % im Jahr 2005 und die Gesamtarbeitslosigkeit von 13,9 % im Jahr 1999 auf 10,8 % im Jahr 2005 zu senken.

Das angestrebte Wachstumsziel sollte es ermöglichen, die Armut weiter abzubauen, deren Niveau von 19 % im Jahr 1999 auf 14,2 % im Jahr 2004 gesunken ist, teilweise dank einer besseren Leistung des Agrarsektors. Die Behörden führen außerdem flankierende Maßnahmen zum Armutsabbau durch. Hierbei handelt es sich vor allem um die INDH, in deren Rahmen Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Sozialwohnungen und soziale Infrastrukturen stärker auf benachteiligte Gebiete ausgerichtet werden.

3.2.2. Öffentliche Finanzen

Der Haushaltsrahmen Marokkos ist trotz externer und interner Erschütterungen tragfähig geblieben. In den letzten fünf Jahren lag das Defizit allerdings im Durchschnitt bei über 5 %⁵. Die mittelfristige Konsolidierung des Haushalts, sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite, hängt von den laufenden Strukturreformen ab. Im übrigen werden die Sondereinnahmen aus den seit 2001 vorgenommenen Privatisierungen⁶, die eine Eindämmung der externen Verschuldung ermöglicht haben, in den kommenden Jahren zurückgehen⁷. Durch die Umsetzung der neuen Reformen wird eine Tendenzumkehr bei der derzeit rückläufigen externen Verschuldungsquote vermieden.

Die Haushaltskonsolidierung bleibt daher eine wichtige Herausforderung für die nächsten Jahre. Als Ziel wurde festgelegt, durch Reformen im Ausgaben- und Einnahmenbereich eine allmähliche Verringerung der Höhe des Defizits zwischen 2006 und 2008 zu erreichen und im Jahr 2009 das Defizit auf 3 % zu begrenzen.

Im Ausgabenbereich dürfte die im Jahr 2004 mit Unterstützung der Europäischen Kommission, der Weltbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank eingeleitete Verwaltungs- und Haushaltsreform dazu beitragen, die Lohn- und Gehaltssumme wieder in den Griff zu bekommen⁸. Daher dürften mittelfristig die staatlichen Gesamtausgaben bezogen auf das BIP sinken, der Anteil der öffentlichen Investitionen gleich bleiben und der Anteil der Lohn- und Gehaltssumme zurückgehen, und zwar von 13 % des BIP im Jahr 2005 auf 11,5 % im Jahr 2008. Im Übrigen dürfte sich durch die Reformen im Bereich der Subventionssysteme und Grundprodukte das Gewicht dieses Ausgabenpostens verringern und zugleich die Verteilungsgerechtigkeit durch eine bessere Ausrichtung auf die benachteiligten Bevölkerungsgruppen verbessern. Durch die laufende Haushaltsreform kann der

⁴ Im Durchschnitt werden 15 % des BIP in der Landwirtschaft erwirtschaftet.

⁵ Das Defizit versteht sich ohne Einnahmen aus Privatisierungen.

⁶ Im Durchschnitt des Zeitraums 2001 bis 2005 beliefen sie sich auf etwa 2,1 % des BIP.

⁷ Im Zeitraum 2006-2010 werden sie sich nach Schätzungen des IWF auf etwa 0,4 % des BIP belaufen.

⁸ Dank des 2005 durchgeführten Programms für einen vorgezogenen, einvernehmlichen Ruhestandseintritt, dessen Nettokosten sich auf 2,1 % des BIP belaufen haben.

Ausgabenprozess transparenter gestaltet und die Effizienz und Effektivität der staatlichen Politik verbessert werden.

Angesichts der derzeit sinkenden Zolleinnahmen wird bei den Steuereinnahmen darauf hingearbeitet, ein bestimmtes Mindestniveau zu halten. Dieses Ziel wird im mittelfristigen makroökonomischen Rahmen vor allem mithilfe der Maßnahmen verfolgt, die im Rahmen der Steuerreform greifen werden. Dabei handelt es sich insbesondere um den Abbau von Steuererleichterungen, eine Erweiterung der Steuerbemessungsgrundlage, die Reduktion von Verzerrungen und die Vereinfachung des Steuersystems. Maßnahmen im Bereich der Steuerverwaltung werden ebenfalls zur Verbesserung des Steuerertrags beitragen.

Die vorgesehene Haushaltsentwicklung wird zu einer Verringerung der staatlichen Schuldenlast führen, und zwar von 71,4 % des BIP im Jahr 2005 auf 66,5 % im Jahr 2008, und dies trotz des allmählichen Rückgangs der Einnahmen aus den Privatisierungen.

3.2.3. Außenwirtschaftliches Gleichgewicht und Handelsbilanz

Bislang wurde das Handelsdefizit durch die Transferzahlungen von Marokkanern, die im Ausland wohnen, und die Einnahmen aus dem Tourismus mehr als ausgeglichen. Dadurch konnte 2005 ein Leistungsbilanzüberschuss in Höhe von 2,4 % des BIP erzielt werden.

Die marokkanische Handelsbilanz weist ein strukturbedingtes Defizit auf; denn die Ausfuhr deckt lediglich 50 % der Einfuhr ab. Die Ausfuhr ist wenig diversifiziert (Textil und Bekleidung 35 %, Nahrungsmittel und Tabak 20 %, Phosphate 17 %). In den Bereichen Elektrotechnik und Maschinenbau ist allerdings eine Zunahme der Ausfuhrfähigkeit festzustellen. Bei der Einfuhr stehen Ausrüstungs- und Konsumgüter (42 %), Brenn- und Schmierstoffe (19 %) und Nahrungsmittel und Tabak (8,5 %) an erster Stelle.

Die Europäische Union ist der wichtigste Handelspartner Marokkos. Aus der EU werden hauptsächlich Maschinenbauprodukte und Ausrüstungsgüter (31 %), Textil und Bekleidung (21 %), Transportgerät (9 %), chemische Produkte (8 %) und landwirtschaftliche Erzeugnisse (10 %) nach Marokko ausgeführt. Die EU führt an marokkanischen Produkten hauptsächlich Textil und Bekleidung (41 %), landwirtschaftliche Produkte (20 %) und Maschinenbauprodukte (10 %) ein. Im Dienstleistungsbereich entspricht die Ausfuhr nach Marokko 1 % der Gesamtausfuhr der EU, die Einfuhr aus Marokko 0,6 % der Gesamteinfuhr. Die europäische Dienstleistungseinfuhr setzt sich zusammen aus Verkehrsdienstleistungen (28 %), Dienstleistungen im Fremdenverkehrsbereich (53 %) und aus Geschäfts- und Kommunikationsdienstleistungen (19 %).

Der regionale Handel mit anderen Ländern des Maghreb und des südlichen Mittelmeerraums ist mit einem Anteil von 1 bzw. 5 % am Gesamthandel sehr gering. Dieser schwache regionale Austausch ist der fehlenden Harmonisierung der Regelungsrahmen dieser Länder, einer nicht ausreichenden Nutzung der Komplementaritäten der Volkswirtschaften, der Anwendung von unterschiedlichen Ursprungsregeln sowie den nicht ausgereiften regionalen Freihandelsabkommen geschuldet.

Mittelfristig dürfte sich die unausgeglichene Handelsbilanz bezogen auf das BIP stabilisieren, und zwar durch ein kontinuierliches Wachstum der Einfuhr und eine anhaltende Zunahme der Ausfuhr, insbesondere durch die Umsetzung politischer Maßnahmen und Reformen (vor allem der *Plan émergence...*), die Ausdehnung der Ausfuhrmöglichkeiten (Freihandelsabkommen) und eine angemessene Währungspolitik.

In diesem Zusammenhang dürfte der seit 2001 verbuchte Leistungsbilanzüberschuss leicht zurückgehen und die Leistungsbilanz dürfte sich mittelfristig ausgleichen. Die außenwirtschaftliche Position wird daher nach wie vor solide sein. Das Netto-Auslandsguthaben belief sich Ende Dezember 2005 auf über 150 Milliarden Dirham, wodurch die Einfuhr von Waren und Nichtfaktordienstleistungen fast 10 Monate lang abgedeckt werden kann.

Die ausländischen Direktinvestitionen (ADI) beliefen sich 2003 auf 3,6 Milliarden EUR gegenüber 1,7 Mrd. im Jahr 2002. Sie stammen vor allem aus der EU. Die ADI aus den USA entsprechen 2 %. Dank der Verbesserung des Leistungsbilanzsaldos und dank der hohen ADI konnte Marokko seine Außenschuld erheblich reduzieren (von 65 % des BIP im Jahr 1999 auf 35 % im Jahr 2005).

3.3. Strukturreformen

Marokko unternimmt seit einigen Jahren ehrgeizige strukturelle Reformen in verschiedenen Bereichen. 1996 wurde ein Gesetz über die Aktiengesellschaften verkündet, 1997 wurde ein Handelsgesetzbuch und 1998 ein Gesetz über die Schaffung von Handelsgerichten verabschiedet und im Oktober 2002 wurde ein neuer Zollkodex und ein neuer Versicherungskodex erlassen. Ein neues Arbeitsgesetzbuch trat im Juni 2004 in Kraft. Außerdem wurden damit zusammenhängende Rechtsvorschriften erlassen, insbesondere das Gesetz über freie Preisgestaltung und Wettbewerb. Im Juni 2002 wurde eine Charta der KMU angenommen. Im Bereich Landwirtschaft wurde im Dezember 2003 eine Liberalisierungsvereinbarung geschlossen. Derzeit wird mit Unterstützung der Europäischen Kommission eine ehrgeizige Verwaltungs- und Haushaltsreform durchgeführt. Weitere wichtige Reformen betreffen die Liberalisierung des Handels, die Sanierung des Finanzsektors und der staatlichen Unternehmen, den Verkehr, die Krankenversicherung, den Arbeitsmarkt und das Umfeld des privaten Sektors. Marokko hat außerdem 2004 gleichzeitig mit den anderen Mittelmeerpartnern die Europa-Mittelmeer-Charta für unternehmerische Initiative unterzeichnet.

Marokko hat die politische Entscheidung getroffen, sein Programm der Strukturreformen im Kontext der zunehmenden Öffnung seiner Wirtschaft weiterzuführen. Die Zukunft des Landes wird durch den Erfolg oder das Scheitern dieser Reformen bestimmt werden.

Die Verbesserung des **Investitionsklimas** in Marokko ist eine der wichtigsten Prioritäten für die Zukunft des Landes und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit seiner Wirtschaft. Der private Sektor muss sich zum Motor eines stärkeren Wirtschaftswachstums entwickeln, der in der Lage ist, vor dem Hintergrund einer immer schnelleren Zunahme der Zahl der Berufseinsteiger viele Arbeitsplätze zu schaffen. Unter diesem Aspekt will die Regierung in folgenden Bereichen private Investitionen durch Vereinfachungen fördern: Rechtsvorschriften, Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern, Verfahren für Genehmigungen und Lizenzen, Zugang zu Krediten, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, und Übertragung von Unternehmen.

Landwirtschaft, Fischerei, Energie und Verkehr sind die Wirtschaftssektoren, in denen strukturelle Reformen am nötigsten sind.

Der **Agrarsektor** leidet an tief greifenden Strukturproblemen. Ein großes Problem sind nach wie vor die klimatischen Schwankungen und der Druck, der durch die Liberalisierung der Vermarktung entstanden ist. Dieser Sektor produziert etwa 15 % des BIP und beschäftigt fast

die Hälfte der Bevölkerung. Außerdem leben 70 % der Armen auf dem Land, was zu massiver Landflucht in die Städte oder in die EU führt (häufig handelt es sich um illegale Einwanderung). Die Reform des Agrarsektors erweist sich nicht nur an sich als unabdingbar, sondern sie wird durch die kommende Liberalisierung des Agrarhandels mit der EU (die Verhandlungen haben kürzlich begonnen) unumgänglich. Um umfassend von dieser Liberalisierung und insbesondere den Ausfuhrmöglichkeiten in die EU zu profitieren, muss Marokko seine gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Situation verbessern. Auch das Problem der De-facto-Subvention des Wasserpreises, durch die der Getreideanbau in dafür wenig geeigneten Zonen gefördert wird, muss angegangen werden.

Die **Fischwirtschaft** produziert 3 % des BIP. Die Regierung schätzt die Zahl der direkten und indirekten Arbeitsplätze in diesem Wirtschaftssektor auf 400 000 (104 000 Seefischer). Die handwerkliche Fischerei (100 000 Beschäftigte) ist allerdings aufgrund fehlender Hafeninfrastrukturen und -einrichtungen sowie fehlender Ausrüstung im Vergleich zu den übrigen Branchen der Fischwirtschaft sehr rückständig. Durch den Abschluss eines Fischereiabkommens mit der EU dürften die eigenen Ressourcen der staatlichen Fischwirtschaft verbessert und ein Beitrag zu ihrer Entwicklung geleistet werden.

Durch die Durchführung des Assoziierungsabkommens und des ENP-Aktionsplans sowie die Vorhaben in der Region (Agadir, Vorhaben zur Stromversorgung für den Maghreb und langfristig die Errichtung eines maghrebischen Markts für Erdgas) wird die Notwendigkeit einer Modernisierung des **Verkehrs- und des Energiesektors** noch verstärkt, da diese Sektoren für das Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit von großer Bedeutung sind. So kommt es vor allem darauf an, die umfassende Anpassung des institutionellen und Regelungsrahmens fortzusetzen, die Märkte weiter für den Wettbewerb zu öffnen und mit der Anpassung des Personalbestands fortzufahren.

Im Energiebereich müssen angesichts der Abhängigkeit Marokkos von Energieimporten und der steigenden Kosten der fossilen Energieträger große zusätzliche Anstrengungen unternommen werden, um die Energieeffizienz zu erhöhen und das nationale Potenzial an erneuerbarer Energie besser zu nutzen sowie die saubere Verbrennung von Kohle zu fördern.

Im Verkehrssektor kommt der Fortführung der Reformen besonders hohe Priorität zu, da sie alle Verkehrsträger - Land-, Bahn-, See- und Luftverkehr - sowie die Häfen und Flughäfen betreffen. Die Lage im Verkehrsbereich zeichnet sich durch begrenzte Qualität und Abdeckung aus sowie durch ungerechtfertigte Wartezeiten (in den Häfen), wodurch häufig zu hohe Transportkosten entstehen. Daher müssen die folgenden Maßnahmen auch in den kommenden Jahren weiter vorangebracht werden: Reform der genannten Verkehrsträger und Vereinfachung und Harmonisierung der Zollregelungen unter Berücksichtigung des Normungsrahmens der Weltzollorganisation, der auf eine sichere und einfache Abwicklung des Welthandels abzielt, Einrichtung von gemeinsamen Grenzstellen und gemeinsamen oder geteilten Kontrollen sowie Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Zolldiensten zur Verringerung der Wartezeiten an den Grenzen, wie auch Verbesserung des See-, Bahn- und Straßenfernverkehrs. Ferner hat die Verbesserung der Sicherheit aller Verkehrsträger nach wie vor Priorität. Was die Zusammenarbeit in der Region anbelangt, sollten die nationalen Strategien den Schlussfolgerungen der Ministerkonferenz von Marrakesch sowie den Empfehlungen des Blaubuchs in Richtung auf ein integriertes Verkehrssystem Europa-Mittelmeer und dem Schlussbericht der hochrangigen Arbeitsgruppe über die Ausweitung der TEN-V in die Nachbarländer und Nachbarregionen entsprechen. Die Förderung der

Zusammenarbeit in der Region könnte folglich dazu beitragen, die multimodale Achse quer durch den Maghreb zu entwickeln.

3.4. Soziale Lage

Im letzten Bericht des PNUD zur menschlichen Entwicklung (2006) belegt Marokko den Rang 123, was jenseits statistischer Aspekte für ein Niveau des sozialen Fortschritts steht, das nicht den realen Möglichkeiten des Landes entspricht. Dieser Platz Marokkos in Bezug auf die menschliche Entwicklung (Rang 123) muss im Vergleich zu seiner Position beim Pro-Kopf-Einkommen (2006 Rang 105) betrachtet werden: Die Diskrepanz zwischen den beiden Positionen deutet darauf hin, dass die Umwandlung von Wachstum und Reichtum in sozialen und menschlichen Wohlstand schlecht funktioniert. Die Armut in Marokko hat während der 90er Jahre zugenommen. Tendenziell sind zunehmend Frauen von Armut betroffen. Die Armutsquote ist, nachdem sie 1999 bei knapp 19 % lag, in der Folge deutlich zurückgegangen und hat sich 2004*⁹ bei 14,3 % stabilisiert. Betroffen sind vor allem ländliche Gebiete und Frauen. Am stärksten betroffen sind junge Frauen ohne Ausbildung. Aber auch in von Frauen geführten Haushalten ist die Armutsinzidenz hoch.

Die prekäre Lage, in der sich eine breite Schicht der Bevölkerung immer noch befindet, ist eine sehr ernstzunehmende Quelle der Instabilität und der Unsicherheit. Außerdem sind breite Schichten der Bevölkerung von Analphabetismus und schlechten Gesundheits- und Bildungsbedingungen betroffen. Arbeitslosigkeit, informelle Arbeit und Unterbeschäftigung sind nach wie vor Besorgnis erregend hoch: In den Städten liegt die Arbeitslosenquote bei 18,4 % (2005) und die Jugendarbeitslosigkeit beträgt 32,7 %, (2005), Tendenz 2006 steigend und zwar unabhängig davon, ob die Betroffenen eine Ausbildung haben oder nicht. Abgesehen von der Tatsache, dass es sich um eine gesellschaftliche Herausforderung handelt, bei der die menschliche Würde, die Stellung der Bürger ihrem Land und ihren Institutionen gegenüber und sogar der Schutz der Menschenrechte auf dem Spiel stehen kann, wird durch diese Lage die soziale Marginalisierung verschlimmert, von der Frauen in noch stärkerem Maße betroffen sind, und die Armut wird zu einem schweren Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung und die allgemeine Verbesserung der Lebens-, Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen.

Unter diesem Blickwinkel stellen die Reformen in den Bereichen der sozialen Entwicklung, vor allem im Bereich des Zugangs zu Gesundheit und Bildung eine dringende Aufgabe bei der wirksamen Bekämpfung von Prekarität und Armut dar.

Bildung ist in Marokko seit der Unabhängigkeit eine nationale Priorität. Sämtliche Regierungen haben beträchtliche Mittel dafür bereitgestellt. Dennoch liegt die Analphabetenrate der über 10-Jährigen bei 43 % und erreicht bis zu 60,5 % in ländlichen Gebieten (46 % bei den Männern und 74,5 % bei den Frauen). Im Bereich der formalen Bildung bestehen einige große Herausforderungen, insbesondere in Bezug auf den Abschluss der auf dem Land häufig schwer zu verwirklichenden Grundbildung, die Bereitstellung der Bedingungen und Mittel für den Ausbau der immer noch wenig besuchten allgemein bildenden und berufsbildenden Einrichtungen des Sekundarbereichs, sowie die Verbesserung der Qualität und des Ertrags des Unterrichts.

⁹ Laut absoluter Armutsgrenze von zwei US-Dollar pro Person und Tag: demographische und sozioökonomische Ergebnisse der allgemeinen Volkszählung 2004, Abteilung für Statistik der Hohen Kommission für Planung.

Das Jahrzehnt 2000-2010 wurde offiziell zum „Jahrzehnt der Bildung“ ausgerufen, um die Konsolidierung des Bildungssystems in quantitativer wie qualitativer und institutioneller Hinsicht zu beschleunigen. Nach der Annahme der nationalen Bildungs- und Berufsbildungscharta im Jahr 2000 wurde Ende 2004 ein strategischer Rahmen für die Entwicklung des Bildungssystems als Instrument für die Umsetzung der Charta veröffentlicht. Außerdem wurde im September 2004 eine Strategie für Alphabetisierung und nicht formelle Bildung verabschiedet.

Das Hochschulwesen stellt in der Strategie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Marokkos ein Schlüsselement dar. Die moderne Hochschulbildung wurde kurz nach der Unabhängigkeit eingeführt. 1957 wurde in Rabat die erste Universität gegründet. Inzwischen gibt es 14 Universitäten mit 105 Instituten in 17 Städten, die 14 verschiedene Studiengänge abdecken. Die gesellschaftliche Entwicklung und die Globalisierung sind Faktoren, die die Reform des marokkanischen Hochschulsystems beschleunigt haben. Die neue Reform des Studiensystems für das Jahrzehnt 2000-2010 zielt auf ein Gleichziehen mit dem europäischen Hochschul- und Studiensystem ab (insbesondere in Bezug auf den Bolognaprozess), was die nationale und internationale Mobilität der Studierenden erleichtern wird. Das bestehende LMD-System (Licence - Master - Doctorat) soll auf die berufliche Zukunft der Studierenden ausgerichtet werden und flexible Ausbildungswege anbieten. Die Anstrengungen zur Förderung der Hochschulbildung haben zu gewissen quantitativen Fortschritten geführt. Dem statistischen Jahrbuch 2005 zufolge waren im Studienjahr 2004/05 289 900 Studierende (darunter 45,9 % Frauen) auf allen Stufen der Universitäten eingeschrieben. Trotz der Förderbemühungen bestehen noch zahlreiche Probleme:

- Die Universitäten, die kein Quotensystem eingeführt haben, wie die philologischen, juristischen und naturwissenschaftlichen Fakultäten, die ungefähr 92 % aller Studierenden aufnehmen, sind überbelegt.
- Die Diskrepanz zwischen den steigenden Studierendenzahlen und den geringen materiellen Ressourcen der meisten Hochschulinstitute wird immer größer.
- Das unzureichende Studienberatungssystem führt zu Fehlentscheidungen bei der Studienwahl und damit zu einer beträchtlichen Ressourcenvergeudung.

Trotz der Fortschritte, die im Gesundheitsbereich erzielt wurden, verzeichnet Marokko diesbezüglich nach wie vor Besorgnis erregende Schlüsselindikatoren, insbesondere in Bezug auf die Mortalität/Morbidität der am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen. Die Kindersterblichkeit liegt bei 40/1 000 Geburten und die Müttersterblichkeit bei 227/100 000 Geburten. In diesem Bereich bestehen außerdem nach wie vor geografisch und finanziell bedingte Ungleichheiten in Bezug auf den Zugang zu Gesundheitsleistungen. Ferner sind gravierende Probleme bei der Qualität der Leistungen im Gesundheitsbereich zu verzeichnen. Es wurden umfangreiche Reformen eingeleitet, unter anderem zur Dezentralisierung/Dekonzentration dieses Bereichs und zur Verbesserung des Zugangs zu den Gesundheitsleistungen.

3.5. Umweltsituation

Das starke Bevölkerungswachstum und die intensive sozioökonomische Entwicklung haben die natürlichen Ressourcen stark belastet und zu einer Verschlechterung der Umweltbedingungen geführt¹⁰. Die Hauptprobleme Marokkos sind die qualitative und

¹⁰ Eine detaillierte Beschreibung der Umweltsituation ist in Anhang 2 enthalten.

quantitative Verschlechterung der Wasserressourcen, das Abfallmanagement, die Meeresverschmutzung, der Naturschutz und die Wüstenbildung.

Zur Bewältigung dieser Situation haben die nationalen Behörden im Juli 2003 eine umfassende nationale Umweltstrategie eingeführt, gefolgt von einem nationalen Aktionsplan für die Umwelt (*Plan d'Action National pour l'Environnement* - PANE). In diesem Aktionsplan werden die prioritären Aktionsbereiche aufgeführt, d. h. der Schutz und die nachhaltige Bewirtschaftung der Wasser- und Bodenressourcen sowie der natürlichen Lebensräume, die Reinhaltung der Luft, die Förderung erneuerbarer Energien, die Verbesserung der Umwelt in den Städten und deren Umgebung usw..

Daher wurde ab 2003 ein neuer Rechtsrahmen eingeführt, der den Schutz und die Aufwertung der Umwelt, Studien über Umweltauswirkungen und die Bekämpfung der Verschmutzung der Atmosphäre betrifft. Dieser Rechtsrahmen muss allerdings noch weiterentwickelt und durch Durchführungsdekrete umgesetzt werden. Auch die Einrichtung von mit der Umweltpolitik und der strategischen Planung betrauten Verwaltungsstrukturen erfordert laufend Aufmerksamkeit.

3.6. Querschnittsfragen

Die Frage der Gleichberechtigung von Mann und Frau ist von sozialer, politischer und ökonomischer Relevanz. Sie ermöglicht es, den Grad der Entwicklung und Ausrichtung eines Landes in Richtung auf die universellen Werte der Menschenrechte zu messen. Derzeit zeigen die Indikatoren der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung für die marokkanischen Frauen (abgesehen von der Lebenserwartung) systematisch niedrigere Werte als für die Männer (z. B. Arbeitslosenquote in den Städten, Erwerbstätigkeit auf dem Land und in der Stadt, Anteil der unbezahlten Heimarbeit auf dem Land). Die Regierung Marokkos hat die Frage der Gleichberechtigung ins Zentrum des gesamten Entwicklungsprozesses gestellt und sich verpflichtet, eine Verbesserung der Lage der Frau zu fördern.

Wichtige Reformen wurden durchgeführt, um die rechtliche Lage der Frau zu verbessern, insbesondere ist ein neues Familienrecht in Kraft getreten, das Strafrecht wurde geändert und enthält jetzt angemessenere Vorschriften gegen Diskriminierung und Gewalt, das Wahlrecht, das neue Möglichkeiten für Frauen vorsieht, wurde verabschiedet und das neue, auf dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung in den Bereichen Beschäftigung und Löhne und Gehälter gegründete Arbeitsrecht ist in Kraft getreten.

Das Staatssekretariat für Familie, Kinder und Menschen mit Behinderungen ist die für die Koordinierung und Überwachung der staatlichen Frauenfördermaßnahmen zuständige Institution; angesichts der vorgesehenen Aufgaben sind seine Verwaltungskapazitäten allerdings recht begrenzt. Kürzlich wurde mit der Ausarbeitung einer nationalen Strategie für die Gleichberechtigung und Gleichstellung der Geschlechter („*stratégie nationale de l'équité et de l'égalité des sexes*“) begonnen, in deren Rahmen die Anliegen der Frauen und Männer in die Konzeption, Durchführung, Kontrolle und Evaluierung der Regierungsprogramme integriert werden sollen, damit sie gleichberechtigt davon profitieren und die derzeitigen Ungleichheiten nicht fortbestehen.

Hierzu wurde in jedem Ministerium eine zentrale Gender-Informationsstelle eingerichtet, damit Gender-Informationen verbreitet und Entscheidungsträger und Planer für Gender-Fragen sensibilisiert werden.

Außerdem hat das Ministerium für Finanzen und Privatisierung einen Prozess der „Genderisierung“ des Haushalts eingeleitet. Es geht darum, die Auswirkungen der Ressourcenallokation auf Männer und auf Frauen bereits bei der Aufstellung und Analyse der Fachhaushalte zu analysieren. Marokko hat damit zum ersten Mal einen als Anhang zum Wirtschafts- und Finanzbericht erstellten „Gender-Bericht“ eingeführt, der dem Finanzgesetz 2006 beigelegt wird. Bestimmte Ministerien, nämlich das Bildungs-, das Gesundheits- und das Landwirtschaftsministerium, haben bereits mit der „Genderisierung“ ihres Haushalts begonnen.

4. KOOPERATIONSPROGRAMME

4.1. Gemeinschaftsprogramme

4.1.1. Finanzprotokolle (1977-1996)

Marokko hat im Rahmen der vier Finanzprotokolle im Anhang des zwischen der EWG und dem Königreich Marokko abgeschlossenen Kooperationsabkommens von 1976 insgesamt 1 091 Mio. EUR erhalten, wobei 574 Mio. EUR aus den Mitteln des Gemeinschaftshaushalts finanziert wurden und 518 Mio. EUR in Form von Krediten aus den eigenen Mitteln der EIB gewährt wurden.

In den Finanzprotokollen wurde der ländlichen Entwicklung ein eindeutiger Vorrang eingeräumt (46 %). Die übrigen Interventionen betrafen die Wirtschaftsinfrastrukturen (17 %), den sozialen Bereich (15,6 %), die Unterstützung des Privatsektors (10 %), die Berufsbildung (10 %) und die Bürgergesellschaft (0,4 %).

4.1.2. MEDA

Das MEDA-Programm (im Juli 1996 verabschiedet) ist das wichtigste Finanzinstrument der Europäischen Union für die Umsetzung der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft. Die für MEDA eingesetzten Haushaltsmittel betragen im Zeitraum 1995-1999 3,4 Mrd. EUR und im Zeitraum 2000-2006 5,4 Mrd. EUR. Marokko ist mit Mittelbindungen in Höhe von 1 472 Mio. EUR im Zeitraum 1995–2006, wovon 660 Mio. EUR im Rahmen von MEDA I (1995–1999) und 812 Mio. EUR im Rahmen von MEDA II (2000–2006) vorgenommen wurden, zum Hauptbegünstigten des MEDA-Programms geworden.

Die MEDA-Kooperation betrifft alle sozioökonomischen Bereiche Marokkos. Mehrere Strukturanpassungsprogramme wurden in so wichtigen Sektoren wie Finanzen, Steuern, Wasser, Verkehr, Gesundheit, Bildung und öffentliche Verwaltung auf den Weg gebracht; in den Bereichen Zoll, Umwelt, Jugend, Verkehr und Justizwesen wurden ein Austausch und eine Reihe von Partnerschaften organisiert.

Die Entwicklung der Unternehmen, die Berufsbildung in den Bereichen Tourismus, Textil und neue Informations- und Kommunikationstechnologien, die marokkanische Straßeninfrastruktur, wie die Mittelmeer-Rocade (Küstenstraße) und die Straßen in den ländlichen Gebieten, die integrierte Entwicklung ländlicher Gebiete und Programme zur Wasserversorgung und Abwasserentsorgung im ländlichen Raum (PAGER), zur Sanierung von Slums und zur Verbesserung des Zugangs zu sozialen Einrichtungen wurden durch Investitionsprogramme unterstützt. Die MEDA-Mittel wurden auch in den eigentlichen Bereich der Migration gelenkt, um eine bessere Verwaltung der Migrationsströme zu

unterstützen. Außerdem betraf die finanzielle Kooperation auch den Umweltschutz und die Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

4.1.3. EIB

Seit 1996 hat die EIB aus ihren eigenen Mitteln Kredite in Höhe von 887 Mio. EUR an Marokko vergeben. Im Rahmen des Barcelona-Prozesses hat die EIB ihre finanzielle Partnerschaft mit den Mittelmeerpartnern durch die Schaffung eines besonderen Instruments verstärkt: die Investitionsfazilität und Partnerschaft Europa-Mittelmeer (facilité euro-méditerranéenne d'investissement et de partenariat - FEMIP).

Die in diesem Rahmen gewährten Kredite begleiten den Prozess der Modernisierung und Konsolidierung der marokkanischen Volkswirtschaft. Die Tätigkeit der Europäischen Investitionsbank bezieht sich in diesem Kontext auf drei verschiedene, sich ergänzende Schwerpunkte:

- Bereitstellung von Mitteln für die begünstigten Länder, die diese langfristig zur Stärkung und Entwicklung ihrer ökonomischen Infrastrukturen benötigen;
- Unterstützung der Politik der EU im gesamten Mittelmeerraum im Bereich des Umweltschutzes mit Hilfe der Europäischen Kommission, die für die langfristigen Kredite der EIB die Zinsen übernimmt;
- Unterstützung der Entwicklung des Privatsektors, entweder durch Kredite aus Eigenmitteln der Investitionsbank oder durch Bereitstellung von Wagniskapital.

4.1.4. Weitere Haushaltlinien

Marokko hat im Zeitraum 1996-2006 finanzielle Mittel in Höhe von insgesamt etwa 15 Mio. EUR über die horizontalen Haushaltlinien der EG erhalten, insbesondere im Rahmen von Meda-Demokratie, über den Umwelthaushalt, das Life-Programm, ECIP, die Aids-Bekämpfung, die Mitfinanzierung der NGO und die Drogenbekämpfung. Hinzu kamen noch 10 Mio. EUR aus den Haushaltlinien des 5. und des 6. Rahmenprogramms für Forschung, Technologie und Entwicklung, an denen über 160 marokkanische Teams mitgewirkt haben.

4.1.5. Bisherige Erfahrungen

Das vorliegende Dokument steht im Rahmen der Weiterverfolgung der Empfehlungen, die aus der 2003 vorgenommenen Evaluierung der Länderstrategie für Marokko hervorgegangen sind. Während sich die Ziele weiterentwickelt haben, da sie detaillierter festgelegt und in den ENP-Aktionsplan übernommen wurden, werden sich die Parteien kontinuierlich um eine bessere Abstimmung zwischen den NRP und den übrigen Ressourcen bemühen (andere Haushaltlinien, Koordinierung mit den Maßnahmen der Mitgliedstaaten und anderen Geldgebern).

Durch die bisherigen Erfahrungen können auch die Reformen besser auf die Ziele des Assoziierungsabkommens und des ENP-Aktionsplans ausgerichtet werden. So bestehen beispielsweise beim Begleitprogramm zum Assoziierungsabkommen (P3A) 65 % des Programmolumens 2005 aus Partnerschaften. Dieses Konzept wird im neuen Programmplanungszeitraum beibehalten. Die Kommission leistet einen unbestreitbaren Beitrag zur Erarbeitung der Reformen und Konkretisierung ihrer Durchführung. Sie hilft auch

bei der Schaffung von Synergien und der Erzielung eines Konsenses zwischen den verschiedenen Regierungsstellen in Bezug auf Fragen der grundsätzlichen Ausrichtung.

Operativ gesehen wird sich die Durchführung der Programme soweit wie möglich auf sektorspezifische Ansätze stützen und die Strategie der Ad-hoc-Ansätze überwinden, die sich nicht mit der nationalen sektorspezifischen Politik vereinbaren lässt. Auf diese Weise wird sich der bilaterale Dialog und die Sichtbarkeit der Kooperation mit der EG verbessern.

4.2. Mitgliedstaaten

Die Maßnahmen der Mitgliedstaaten sind sehr vielfältig und betreffen verschiedene prioritäre Bereiche.

- **Deutschland:** Die prioritären Bereiche der Maßnahmen sind: (1) nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft einschließlich der Berufsbildung, (2) Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen einschließlich der erneuerbaren Energien, (3) Wasser und Abwasserbehandlung.
- **Österreich** konzentriert seine Maßnahmen auf die Landwirtschaft und die Umwelt.
- **Belgien:** Die Maßnahmen betreffen die Wasserversorgung und die Abwasserbehandlung, die Berufsbildung, die Landwirtschaft, den Gesundheitssektor, Ausrüstung und die wissenschaftliche Forschung.
- **Spanien** konzentriert seine Maßnahmen auf die nördlichen Provinzen des Königreichs sowie die Bereiche Gesundheitswesen, soziale Basisinfrastruktur, Ausbildung, Sanierung der Städte, Landwirtschaft und Tourismus.
- **Frankreich** ist unter den Ländern der Europäischen Union der wichtigste Handelspartner Marokkos und der Hauptgeber von Entwicklungshilfe. Seine Maßnahmen konzentrieren sich auf die Modernisierung des öffentlichen Sektors, die Entwicklung des privaten Sektors, die Berufsbildung, die soziale Entwicklung und die Basisinfrastrukturen.
- **Italien** hat als vorrangige Bereiche der Unterstützung die Entwicklung von innovativen KMU, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Entwicklung der Infrastruktur und der sozialen Basisleistungen gewählt.
- **Das Vereinigte Königreich** konzentriert seine Maßnahmen auf die Menschenrechte, eine gute Regierungsführung und die Gleichberechtigung von Mann und Frau.
- **Schweden** konzentriert seine Maßnahmen hauptsächlich auf die Stärkung der Zivilgesellschaft und den Schutz der Menschenrechte. **Finnland** finanziert ein Unterstützungsprogramm für marokkanische Nichtregierungsorganisationen um die Demokratie, die Zivilgesellschaft, sowie die Rechte der Frauen und die Menschenrechte im allgemeinen zu fördern.

4.3 Weitere Geldgeber

Die Strategie der **Weltbank** für Marokko richtet sich auf den Abbau der Armut in den ländlichen Gebieten, den Ausbau der grundlegenden sozialen Dienste und die Förderung einer guten Regierungsführung. Sie unterstützt außerdem die Reformen in den Bereichen öffentliche Verwaltung, unternehmerisches Umfeld und Agrarpolitik. Vor kurzem hat die Weltbank die Grundbildung zu einem ihrer vorrangigen Maßnahmenbereiche erklärt.

Die jährliche Finanzierung der **Islamischen Entwicklungsbank** (*Banque Islamique de Développement* - BID) beläuft sich auf etwas mehr als 1 Mio. EUR und wird für die soziale Entwicklung, die Valorisierung der Humanressourcen und die Landwirtschaft eingesetzt.

Die Operationen der **Afrikanischen Entwicklungsbank** (*Banque Africaine de Développement* - BAD) in Marokko haben 1970 begonnen. Bislang beläuft sich die Gesamtsumme ihrer Netto-Mittelbindungen für Marokko auf 3,22 Mrd. EUR. Die BAD untersucht derzeit, ob es möglich ist, ihre Investitionen in den Bereichen Soziales (Gesundheitssektor), Verkehr und Kapitalmärkte fortzusetzen.

Verschiedene Agenturen der **Vereinten Nationen** sind in Marokko präsent: UNICEF, UNPD, WFP, FNUAP, FAO sowie WHO.

Japan finanziert Kooperationstätigkeiten in den Bereich Fischerei, Trinkwasserversorgung und Straßenbau.

Marokko unterhält freundschaftliche, politische und historische Beziehungen zu den **Vereinigten Staaten von Amerika**. Die Vereinigten Staaten und Marokko haben im Jahr 2004 ein Freihandelsabkommen unterzeichnet, das am 1. Januar 2006 in Kraft getreten ist. Die Vereinigten Staaten sind außerdem ein wichtiger Geldgeber, der seine Aktivitäten auf die Bereiche Bildung, Entwicklung der Unternehmen und Umweltmanagement konzentriert. Eine Unterstützung im Rahmen des „Millenium Challenge Account“ ist derzeit in Vorbereitung. Marokko ist der wichtigste Verbündete der Vereinigten Staaten in der Region. Marokko wird übrigens auch als „major non-NATO ally“ (wichtigster Verbündeter außerhalb der NATO) bezeichnet.

4.4 Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit

In Marokko gibt es zwei Koordinierungsebenen: die der Kommission und der Mitgliedstaaten, gegebenenfalls begleitet durch die EIB, und die Gebergruppe.

Ebene der EU

Sitzungen der Leiter der Mission und der Hauptberater sowie periodische Sitzungen der vier Beratergruppen (Wirtschaft und Handel, Zusammenarbeit, Kultur, JIA) finden monatlich statt. Jede Gruppe wird von einem Vertreter des amtierenden Vorsitzes der EU geleitet, der diese Aufgabe in enger Zusammenarbeit mit seinem Delegationskollegen wahrnimmt. Es werden auch Fachgruppen (Umwelt, Wohnraum, Wasser, Ausbildung, Gender, Gesundheit und INDH) gebildet, um bestimmte Bereiche zu vertiefen und besser voranzukommen. Sie haben für die meisten und in einem ersten Schritt gemeinsame Strategiepapiere erstellt, die den marokkanischen Behörden durch den Vorsitz übermittelt wurden, damit sich diese mit den jeweiligen Verwaltungen beraten können.

Die Gebergruppe

Die „Gebergruppe“ ist eine 2002 in Marokko lancierte Initiative, an der 2003 die meisten Geld-/Kreditgeber, die im Land aktiv sind, teilgenommen haben: Weltbank, International Finance Corporation (IFC) (Internationale Finanz-Corporation), UNDP, USAID, BAD, BID, Kommission, Mitgliedstaaten, Kanada, Japan. Diese Gruppe bildet bestimmte Arbeitsgruppen zu spezifischen Themen:

1. eine Arbeitsgruppe „gute Regierungsführung“ (Leitung UNPD);

2. eine Arbeitsgruppe „Modernisierung des Privatsektors“ (Leitung: IFC);
3. eine Arbeitsgruppe „Effizienz der Hilfe – Harmonisierung der Verfahren“ (Leitung: Weltbank).

Die marokkanische Regierung wurde über die Arbeiten dieser Gruppen offiziell informiert und daran beteiligt. Die Arbeitsgruppen haben häufig den Wunsch geäußert, die marokkanische Verwaltung solle bei der Koordinierung eine aktive Rolle übernehmen.

5. HILFESTRATEGIE DER EU

5.1. Grundsätze und allgemeine Ziele

Die allgemeinen Ziele der EU-Zusammenarbeit mit Marokko sind im Rahmen der **Partnerschaft Europa-Mittelmeer** sowie im Rahmen der **Nachbarschaftspolitik** festgelegt. Der 2005 verabschiedete Nachbarschaftsaktionsplan EU-Marokko zielt auf die Vertiefung der bilateralen Beziehungen im Bereich der Politik, der Sicherheit, der Wirtschaft, der sozialen Sicherung, der Wissenschaft und der Kultur ab.

Die Strategie der Zusammenarbeit fügt sich in die anderen Politiken der EU ein und muss sie ergänzen. Sie berücksichtigt insbesondere die Entwicklungsziele, die in der im November 2001 verabschiedeten Erklärung der 4. WTO-Ministerkonferenz in Doha (Katar) (so genannte „Doha-Agenda“) enthalten sind, und die Zielsetzungen der gemeinsamen Handelspolitik, Fragen aus dem Zuständigkeitsbereich Justiz und Inneres der Europäischen Kommission, die Notwendigkeit, eine bessere Regierungsführung zu fördern, die Förderung und den besseren Schutz der Menschenrechte, den derzeitigen Prozess der Demokratisierung des Landes sowie die Umweltinitiativen, die auf dem Gipfel der Vereinten Nationen in Johannesburg 2002 über nachhaltige Entwicklung vereinbart wurden.

Konkret heißt dies, dass die Strategie der Zusammenarbeit der EU für den Zeitraum 2007-2013 den Prioritäten entsprechen muss, die sich aus der Umsetzung des Assoziierungsabkommens und des Aktionsplans ergeben. Die Umsetzung des Aktionsplans erfordert eine beschleunigte Durchführung der Strukturreformen und Unterstützung bei den Modernisierungsanstrengungen im Bereich der Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

Im Übrigen trägt die Strategie der EU den Faktoren Rechnung, die ausschließlich in die Zuständigkeit der nationalen marokkanischen Politik fallen. Das Königreich Marokko greift im Rahmen seiner Politik und seiner Reformen den Beiträgen der Geber vor, während sich die von der EU zu finanzierenden Schwerpunkte in die von der marokkanischen Regierung vorgesehenen und beschlossenen Prioritäten einfügen müssen.

5.2. Prioritäten und spezifische Ziele der Zusammenarbeit im Zeitraum 2007-2013

Die Strategie der Zusammenarbeit der EU in Marokko muss den oben dargestellten Zielen entsprechen und sich zugleich den drängendsten Bedürfnissen der marokkanischen Realität anpassen.

In diesem Kontext haben die EU und Marokko die fünf folgenden Schwerpunkte der finanziellen Zusammenarbeit festgelegt:

- Entwicklung der Sozialpolitik;
- Modernisierung der Wirtschaft;
- institutionelle Unterstützung;
- gute Regierungsführung und Menschenrechte;
- Umweltschutz.

Um Doppelarbeit zu vermeiden und Komplementarität zu erreichen, wurde der Prozess der Ausarbeitung des LSP und des NRP in enger Abstimmung mit den Vertretungen der Mitgliedstaaten vor Ort koordiniert.

A – Entwicklung der Sozialpolitik

Trotz der großen Anstrengungen, die im Bereich der Entwicklung und der Sozialmaßnahmen unternommen wurden, weist Marokko immer noch erhebliche soziale Defizite auf, und zwar in Bezug auf Bildungszugang, Analphabetentum, Zugang zum Gesundheitssystem, Armut, Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung, informelle Beschäftigung und Qualität der Sozialleistungen.

Während sich Marokko für eine stärkere Öffnung seiner Wirtschaft einsetzt, die damit einem größeren Konkurrenzdruck ausgesetzt ist, zielt die Kooperation mit der EG darauf ab, die nationalen Anstrengungen zur Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals – MDG) und die Ziele der Nationalen Initiative für menschliche Entwicklung (Initiative Nationale pour le Développement Humain – INDH) zu unterstützen, die sozialen Netze zu verstärken und die Qualität des Bildungs-, Gesundheits- und sozialen Sicherungssystems zu verbessern.

Die INDH stellt den Kampf gegen Armut und Ausgrenzung in den Mittelpunkt der politischen Debatte in Marokko und bietet den Akteuren auf lokaler Ebene, insbesondere den Gemeinden und den Verbänden, eine einmalige Unterstützung ihrer Arbeit zur Linderung der die Entwicklung hemmenden gravierenden sozialen Missstände. Die INDH stellt daher ein wirksames Instrument zur Verbesserung der lokalen Verwaltung im Land dar, insbesondere in Bezug auf die lokale Entwicklung und die Verwaltung der grundlegenden sozialen Dienste.

Im Bereich der Bildung wirken sich fehlende Grundkompetenzen insbesondere beim Lesen und Schreiben sehr negativ auf die Möglichkeiten der allgemeinen und beruflichen Bildung wie auch auf die Ausübung sonstiger bürgerlicher und sozialer Rechte aus. Dieser Missstand stellt ein ernsthaftes Hemmnis für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes dar und macht die zentrale Bedeutung einer nachhaltigen Investition in diesen Sektor deutlich.

Im Übrigen hat die Kommission in ihrer Mitteilung an das Parlament und an den Rat vom 12. April 2005 bezüglich des Programms zur Neubelebung des Barcelona-Prozesses bis 2010 der Bildung bei der Fortführung der Partnerschaft Priorität eingeräumt und sich verpflichtet, ihre Hilfe für den Bildungsbereich deutlich aufzustocken.

In Bezug auf Bildung und Alphabetisierung sollen durch die Strategie der EU vor allem die Anstrengungen der Regierung zur Alphabetisierung insbesondere von Frauen und Bewohnern der ländlichen Gebiete und der städtischen Ballungsgebiete unterstützt werden; außerdem soll die Reform zur qualitativen Verbesserung des Primar- und Sekundarschulsystems und die Beschulung im Primar- und Sekundarbereich, insbesondere die der Mädchen im Sekundarbereich, gefördert werden. Dadurch wird letztlich die Regierung ermutigt, die Verantwortung für die Bildungs- und Alphabetisierungspolitik stärker zu dezentralisieren.

Mithilfe der ENP kann die Zusammenarbeit in diesem Sektor ausgebaut werden, da sie Maßnahmen zugunsten von Schülern und Studierenden fördert und über die Programme Tempus und Erasmus Mundus marokkanischen Staatsangehörigen Zugang zu Austauschprogrammen ermöglicht. Außerdem werden die Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Kultur geprüft.

Der Gesundheitssektor ist nach wie vor durch einen ungleichen Zugang zu den Gesundheitsdiensten, durch Qualitäts- und Finanzierungsprobleme der Gesundheitsdienste und durch Schwierigkeiten bei der Verwaltung der Humanressourcen und der Medikamentenbewirtschaftung gekennzeichnet. Ziel der Zusammenarbeit ist die Unterstützung der angefangenen Reformen im Bereich des Sozialschutzes (insbesondere Krankenversicherung) und die Verbesserung des Zugangs zur Gesundheitsversorgung sowie deren Qualität. Durch die Zusammenarbeit mit der EG soll das größte Reformvorhaben, nämlich die Dezentralisierung / Dekonzentration des Sektors weiter vorangebracht werden und dadurch auch das Angebot im Gesundheitswesen. Außerdem soll die Umsetzung internationaler Übereinkommen im Bereich der öffentlichen Gesundheit unterstützt werden.

B – Modernisierung der Volkswirtschaft

Marokko ist mit großen wirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert. Die Wachstumsrate muss erhöht werden, um die Zahl von Arbeitsplätzen zu schaffen, die nötig ist, um Armut, soziale Disparitäten und Arbeitslosigkeit insbesondere in den von Abwanderung stark betroffenen Regionen deutlich zu verringern. Diesbezügliche Maßnahmen müssen mit der Strategie der marokkanischen Behörden, den makroökonomischen Rahmen und die nationalen Investitionsanstrengungen weiter zu konsolidieren, vereinbar sein.

Außerdem ist Marokkos Wirtschaft im Zuge der Öffnung seiner Märkte einem zunehmenden Konkurrenzdruck ausgesetzt. Um die Freihandelsabkommen mit der EU, den Vereinigten Staaten und den Ländern des Agadir-Abkommens umzusetzen und die mit der EU aufgenommenen Verhandlungen im Bereich der Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs und des Niederlassungsrechts und der landwirtschaftlichen Erzeugnisse fortzuführen, muss die gesamte marokkanische Wirtschaft wettbewerbsfähiger werden. Die marokkanische Wirtschaft wird immer noch von einigen wenigen Sektoren (Textil, Bergbau und Landwirtschaft) dominiert, was sie für Krisen anfälliger macht. In diesem Zusammenhang müssen vorrangig der Investitionsrahmen und das Handelsklima verbessert und Innovationen gefördert werden, um die Gründung neuer und den Ausbau bestehender Unternehmen in tragenden Sektoren anzuregen.

Die Qualität und die Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte sind außerdem wichtige Elemente für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes, und es ist wichtig, dass die Arbeitskräfte Marokkos Kompetenzen anzubieten haben, die die Unternehmen brauchen, insbesondere in den neuen Sektoren, in denen die Unternehmen tätig werden wollen. In dieser Hinsicht wird die EG weiterhin die Bemühungen um eine Verbesserung des beruflichen Bildungsangebots unterstützen.

Der Landwirtschaft kommt weiterhin entscheidende Bedeutung für die Wirtschaft des Landes zu, und der Reformbedarf in diesem Sektor ist besonders groß. Die EG will die Anstrengungen zur Modernisierung des Sektors und zur Verbesserung seiner Wettbewerbsfähigkeit insbesondere durch eine Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse unterstützen.

Schließlich sind die Infrastruktureinrichtungen von grundlegender Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Durch die verkehrstechnische Anbindung bestimmter Gebiete des Landes wird der Marktzugang potentieller Produktionen sichergestellt; durch eine gute Infrastruktur werden die Handelsbeziehungen gefördert und die Unternehmenskosten gesenkt. Infrastruktureinrichtungen tragen außerdem zur Verbesserung der Lebensqualität und zur Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung bei. Die EG wird den Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen, insbesondere des Straßennetzes und der Achse quer durch den Maghreb sowie die Anbindung an die marokkanischen Häfen fördern. Im Energiesektor wird sie sich insbesondere für die allmähliche Integration Marokkos in die Europa-Mittelmeer-Strom- und Gasmärkte, die Verringerung der starken Abhängigkeit Marokkos von Energielieferungen aus dem Ausland, die Diversifizierung des Energieangebots durch die Entwicklung erneuerbarer Energien und die Drosselung der Energienachfrage einsetzen.

Alles in allem sollen die Maßnahmen der EG die marokkanischen Behörden darin unterstützen, dass die Wachstumsquellen diversifiziert (Programm Emergence), die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessert und der Rechts- und Regelungsrahmen für den Investitionsbereich weiter reformiert wird. Auch eine direkte Unterstützung bestimmter Unternehmen ist möglich. Zu gegebener Zeit könnte auch eine Bewertung der Bedürfnisse des Handels (*Trade Need Assessment - TNA*) vorgenommen werden, um den Unterstützungsbedarf des Handels bedürfnisorientiert zu bestimmen.

C - Institutionelle Unterstützung

Marokko unternimmt im Rahmen des ENP-Aktionsplans erhebliche Anstrengungen, um seine Rechtsvorschriften, Normen und Standards den Regelungen der Europäischen Union anzugleichen. Auf diese Weise kann es nach und nach die Möglichkeiten der Nachbarschaftspolitik nutzen und hat insbesondere die Aussicht, über die vorhandenen Beziehungen hinaus ein bedeutendes Maß an Integration zu vollziehen, darin eingeschlossen die Perspektive, dass Marokko eine Teilnahme am Binnenmarkt sowie die Möglichkeit angeboten wird, sich allmählich an den Politiken und Programmen der EU zu beteiligen. Dies erfordert von Marokko erhebliche Anstrengungen zur Schaffung der erforderlichen rechtlichen und institutionellen Voraussetzungen. Ihren Ausdruck finden diese Ambitionen im Ersuchen Marokkos, ihm in den Beziehungen zur EU einen „fortgeschrittenen Status“ zu gewähren, der „mehr als eine Assoziierung und weniger als ein Beitritt“ wäre.

Bei der Annahme der europäischen und internationalen Standards und Normen im Industrie- und Landwirtschaftssektor (gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Standards) handelt es sich im Übrigen um Wettbewerbskomponenten, die dazu beitragen, dass die marokkanische Wirtschaft der internationalen Konkurrenz auf dem Binnenmarkt standhalten und neue ausländische Märkte erobern kann.

Im Übrigen hat sich inzwischen gezeigt, dass die Qualität der Institutionen unverzichtbar für den Erfolg der Entwicklungsprogramme ist. Schließlich haben die im Rahmen von MEDA durchgeführten institutionellen Begleitprogramme deutlich gemacht, wie wichtig es ist, die marokkanischen Institutionen technisch auf hohem Niveau und insbesondere im Rahmen von Partnerschaften (unter anderem im Bereich von Forschung und Hochschulbildung) unterstützen zu können.

Vor diesem Hintergrund will die EG die marokkanischen Institutionen, die mit der Umsetzung der im Rahmen des Aktionsplans vereinbarten Reformen betraut sind, weiter unterstützen.

D – Unterstützung einer guten Regierungsführung und der Achtung der Menschenrechte

Die Regierung führt seit einigen Jahren eine große Justizreform durch, die sowohl unter dem Aspekt der Konsolidierung des Rechtsstaats und der tief greifenden Demokratisierung des Landes als auch unter dem Aspekt der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung eine nationale Priorität darstellt. Die EG hat dieses Programm bereits unterstützt und beabsichtigt, diese Unterstützung insbesondere in Bezug auf neue Programmteile wie das Strafvollzugssystem und die Ausbildung des Justizpersonals fortzusetzen.

Um auf den in Bezug auf eine gute Regierungsführung und die Achtung der Menschenrechte bereits erzielten Fortschritten weiter aufzubauen, bedarf es der fortgesetzten Unterstützung durch die EG; insbesondere Menschenrechtsorganisationen (wie beispielsweise der *Conseil Consultatif des Droits de l'Homme*) brauchen ihre Unterstützung.

Schließlich kann die Zusammenarbeit auf den Gebieten Sicherheit/Justiz und innere Angelegenheiten einschließlich Migrationsfragen in den Bereichen vertieft werden, die beiden Partnern relevant erscheinen. Was die Drogenbekämpfung angeht, bilden der ENP-Aktionsplan und der Aktionsplan der EU zur Drogenbekämpfung 2005-2008 den Rahmen für die Herangehensweise an das Problem und verdeutlichen das Engagement der EU in dieser Frage gegenüber Marokko.

E- Umweltschutz

Auf dem Europa-Mittelmeer-Gipfel von Barcelona im November 2005 haben sich die Partner gemeinsam verpflichtet, einen Zeitplan mit konkreten Maßnahmen zur Verringerung der Verschmutzung des Mittelmeers bis 2020 zu verabschieden. Die erfolgreiche Umsetzung dieses Ziels zur Verringerung des Verschmutzungsgrads erfordert eine Kombination von Maßnahmen auf regionaler und nationaler Ebene unter Beteiligung aller Akteure im Mittelmeerraum. Die Hilfsstrategie der EG für Marokko müsste die nationalen und regionalen Maßnahmen unterstützen, die dazu beitragen, die Ziele der Umweltinitiative Horizont 2020 zu erreichen, durch die Projekte gefördert werden, mit denen die wichtigsten Verschmutzungsursachen wie Industrieemissionen, kommunale Abfälle und insbesondere kommunale Abwässer angegangen werden. Außer durch einen konvergenten rechtlichen Rahmen und die allgemeine Reform des Umweltmanagements können Investitionsvorhaben internationaler Finanzinstitutionen durch gezielte Vorbereitung und Unterstützung der Investitionen (z. B. Zinszuschüsse) gefördert werden.

Neben diesem regionalen Ziel wird die EG auch Maßnahmen in Bezug auf die spezifischen Umweltprobleme Marokkos wie beispielsweise Bekämpfung der Wüstenbildung, Schutz bestimmter bedrohter Lebensräume (z. B. Oasen), Schutz der Wasserressourcen, Bekämpfung der Umweltverschmutzung, Abfallmanagement usw. unterstützen.

*

* *

Der vom Strategiepapier 2007-2013 abgedeckte Zeitraum wird in zwei Durchführungsphasen – zwei Programmierungsphasen – eingeteilt, eine erste, die den Zeitraum 2007-2010 abdeckt,

und eine zweite für den Zeitraum 2011-2013. Die in Einklang mit den marokkanischen Behörden in diesem Strategiepapier festgelegten Prioritäten werden dem mehr oder weniger drängenden Bedarf der verschiedenen Bereiche entsprechend in der einen oder anderen Programmierungsphase unterstützt.

Bei der Durchführung der Kooperationsprogramme und -projekte greift die Europäische Gemeinschaft auf verschiedene Arten von Instrumenten und insbesondere auf sektorbezogene Fazilitäten zurück. Die Nutzung dieses Instruments, das aus einer direkten Budgethilfe besteht, setzt voraus, dass die öffentlichen Finanzen in Ordnung gebracht werden und ihre Verwaltung modernisiert wird. Dies bedeutet insbesondere, dass der Prozess der Eindämmung der Haushaltsdefizite fortgesetzt werden muss, ebenso wie die Modernisierung der Instrumente zur Verwaltung der öffentlichen Finanzen im Bereich der Planung und der Ausführung des Haushalts, der Kontrolle und der (internen und externen) Buchprüfung, um Konformität und Effizienz der öffentlichen Ausgaben sicherzustellen.

5.3. Komplementarität und Kohärenz mit dem regionalen Strategiepapier und den anderen Außenbeziehungsinstrumenten

Ab 2007 wird die Gemeinschaftshilfe über eine Reihe neuer Instrumente bereitgestellt werden. Das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI) stellt mit seinen nationalen, regionalen, grenzübergreifenden und thematischen Programmen das Hauptfinanzierungsinstrument für Marokko dar. Die Einführung neuer Instrumente für die Außenhilfe dürfte zu einer deutlich größeren Flexibilität bei der Umsetzung der Gemeinschaftshilfe beitragen. Die neuen Formen der Zusammenarbeit wie beispielsweise das Amt für den Informationsaustausch über technische Hilfe (Technical assistance information exchange office – TAIEX), Stipendienprogramme für Studierende und Partnerschaften sowie die Beteiligung Marokkos an den Gemeinschaftsprogrammen und an den Agenturen dürften eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der prioritären Ziele der bilateralen Zusammenarbeit spielen.

Das **regionale ENPI-Programm** für die südliche Nachbarschaft wird zur Verwirklichung der Ziele dieser Strategie beitragen, da bestimmte, auf regionaler und subregionaler Ebene durchgeführte Aktivitäten einen Mehrwert erzielen bzw. die bilateralen Operationen ergänzen. Im politischen Programmteil werden die politischen Reformen durch die bilaterale Hilfe unterstützt, während die regionalen Aktivitäten eine Unterstützung zur Errichtung der regionalen Netze, zu den Plattformen der Organisationen der Zivilgesellschaft und zu den Mediennetzen umfassen. Der interkulturelle Dialog ist auf regionaler Ebene, im Rahmen der Anne-Lindh-Stiftung angesiedelt. Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Justiz und Sicherheit ist eine Priorität sowohl für die EU als auch für eine Reihe von Partnern der südlichen Nachbarschaft. Die regionalen Maßnahmen umfassen die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rechtsprechung in grenzübergreifenden Fragen und auf dem Gebiet der organisierten Kriminalität und des Menschenhandels sowie den Austausch bewährter Verfahren. Die regionalen Maßnahmen im Bereich Verkehr und Energie konzentrieren sich auf die transnationalen Aktivitäten (Süd-Süd- und Nord-Nord-Verbindungen), während die bilaterale Hilfe auf die Konvergenz der politischen Maßnahmen mit den mediterranen Nachbarländern und mit der Europäischen Union, die Beschleunigung der Reformen, die Öffnung der Märkte, die Entwicklung der Infrastrukturinvestitionen, die Unterstützung bei der Bewältigung der Energieprobleme und bei der Entwicklung erneuerbarer Energien sowie die technische Hilfe für die betreffenden nationalen Strukturen abhebt. Die regionale Zusammenarbeit in Umweltfragen umfasst die Kooperation mit der Europäischen Umweltagentur. Die Grenzregionen Marokkos haben durch das **ENPI** Anspruch auf

Förderung im Rahmen **der grenzübergreifenden Zusammenarbeit**. Die grenzübergreifende Zusammenarbeit ergänzt die im Rahmen des Aktionsplans vereinbarten Prioritäten und bezieht die regionalen und lokalen Behörden mit ein. Sie steht Gebietseinheiten der EU-Mitgliedstaaten und der Partnerländer offen, die eine gemeinsame Landgrenze haben, durch einen kurzen Seeweg miteinander verbunden sind oder an einem gemeinsamen Meeresbecken liegen und erstreckt sich auf Aufgaben, die als gemeinsame Herausforderungen erkannt wurden.

Neben der bilateralen, der grenzübergreifenden und der regionalen Zusammenarbeit werden zwei neue Instrumente verfügbar sein. Das **ENPI-Mehrländerprogramm** umfasst alle Maßnahmen die in ähnlicher Weise in einer ganzen Gruppe benachbarter Länder durchgeführt werden. Über dieses Programm werden die Maßnahmen im Rahmen von TEMPUS und des neuen Stipendienprogramms sowie die Tätigkeiten des TAIEX finanziert. Darüber hinaus umfassen die **thematischen Programme** insgesamt sechs themenbezogene Programme, darunter das Programm „Demokratie und Menschenrechte“ (Fortsetzung des Programms IEDDH), das eine eigene Rechtsgrundlage hat, und fünf weitere Programme im Rahmen des Instruments „Entwicklungszusammenarbeit“. Von diesen Programmen könnten das Programm „Migration und Asyl“ (Fortsetzung des Programms Aeneas) und das Programm für menschliche und soziale Entwicklung „In die Menschen investieren“ von besonderem Interesse für Marokko sein und die bilaterale Zusammenarbeit fördern (die anderen Programme für Umweltschutz, nichtstaatliche Akteure und Lebensmittelsicherheit könnten ebenfalls wirkungsvoll sein). Die Teilnahme an thematischen Programmen ist nur möglich, wenn damit ein deutlicher Mehrwert erzielt wird.

Die **Zinszuschüsse** können eine Hebelwirkung auf die Investitionen der internationalen Finanzinstitute in den Bereichen Umwelt, Energie und Verkehr haben. In allen Fällen, in denen die Gewährung von Zinszuschüssen erwogen wird, wird eine Einzelfallbewertung vorgenommen; außerdem müssen geeignete Maßnahmen ergriffen werden, damit keine Marktverzerrungen entstehen. In Bezug auf die Umwelt geht es um die Bereiche Wasserbewirtschaftung, Abfallmanagement und Industrieemissionen. Außerdem wird die Initiative zur Umweltsanierung des Mittelmeers („Horizont 2020“) berücksichtigt. Im Bereich Energie kommen erneuerbare Energien und Energieeffizienz in Frage. Investitionen in Infrastrukturen und Energieversorgungsnetze müssten im Prinzip nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten finanziert werden, aber unter besonderen Umständen, wenn es um spezielle Interessen der Union wie z. B. die Versorgungssicherheit geht und ein Projekt anders möglicherweise nicht umgesetzt werden kann, könnten Zinszuschüsse für Investitionsvorhaben erwogen werden. Im Verkehrssektor könnten Zinszuschüsse für die Finanzierung besonders wichtiger Infrastrukturen, insbesondere für Grenzübergänge entlang vorrangiger Korridore eingesetzt werden. Die Zinszuschüsse müssen an Bedingungen geknüpft werden, um unerwünschte Effekte zu vermeiden.

Anhang 1 - Eckdaten

Bevölkerung	30,31 Millionen	(2005)
Lebenserwartung	Männer: 67 Jahre Frauen: 71 Jahre	(2003)
Alphabetisierungsrate Erwachsene (Anteil der über 15-Jährigen in %)	Männer: 63,3 Frauen: 38,3	(2003)
Arbeitskräfte insgesamt (Mio.) Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Arbeitskräfte in %	11,4 Millionen 27,1%	(2005)
Arbeitslosenquote/Bevölkerung	10,8%	(2005)
HDI-Rang (UNDP)	0,640 von 1 (Rang 123)	(2006)
BSP	165 Mrd. DH	(2005) 1 € = 11 DH
Ausländische Direktinvestitionen	26 Mrd. DH	(2005)
Ausfuhren/EU	€ 8776550000	(2004)
Einfuhren/EU	€6474611000	(2004)
Marokko/EU insgesamt Ausfuhren Einfuhren	€15251161000 87,9 Mrd. DH 157,9 Mrd. DH	(2004)
Staatshaushalt	130 500 Mrd. DH	(2006)
MEDA I	656 Mio. €	
MEDA II	677 Mio. €	

Anhang 2 - Marokko - Umweltprofil

1) Zustand der Umwelt

Die wichtigsten Umweltfragen Marokkos betreffen Wasserqualität, Abfallbewirtschaftung, Küstenverschmutzung, Naturschutz und fortschreitende Wüstenbildung.

Was die **Luftqualität** angeht, wird die Luftverschmutzung in den städtischen Ballungsgebieten und Industrieansiedlungen wie Casablanca und Rabat zunehmend zum Problem.

In Bezug auf die **Wasserqualität** ist festzustellen, dass sich die Wasserressourcen Marokkos aufgrund des Bevölkerungswachstums, der ineffizienten Bewässerung (die Landwirtschaft hat einen großen Anteil am Gesamtwasserverbrauch), unregelmäßiger Niederschläge und der Sedimentierung der Wasserreservoirs zunehmend erschöpfen. Für die Wasserverschmutzung sind in erster Linie überlaufende Müllhalden, Einleitungen kommunaler und industrieller Abwässer sowie die landwirtschaftliche Tätigkeit verantwortlich. Es fehlt an Projekten für sauberes Trinkwasser, dem muss abgeholfen werden.

Die **Abfallbewirtschaftung** stellt eine große Herausforderung dar, insbesondere in Bezug auf Abfallvermeidung, Einsammeln der Abfälle, Abfallbehandlung, Recycling und Lagerung auf geordneten Deponien. Große Mengen fester Abfälle, auch solche aus der Industrie, landen auf offenen Halden. Nur geringe Mengen von Abfällen werden wiederaufbereitet.

Was den **Naturschutz** angeht, gerät Marokkos große biologische Vielfalt zunehmend unter Druck. Das Verschwinden der biologischen Vielfalt ist auf Abholzung und Bodendegradation zurückzuführen. Die Ökosysteme der Küstenregionen verändern sich aufgrund von Umweltverschmutzung, ungeordneter Bebauung und unkontrollierter Tourismusaktivitäten. Auch die Ökosysteme der Oasen, des Berglands und der Wälder sind bedroht.

Die wichtigsten Herausforderungen im Kampf gegen die **industrielle Umweltverschmutzung** bestehen darin, einen sparsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen zu fördern und für eine Verringerung der flüssigen, festen und gasförmigen Emissionen der marokkanischen Industrie, insbesondere der KMU zu sorgen, und zwar im Fremdenverkehrssektor, im Handwerk (vor allem in Gerbereien und Ölmühlen), in der Textilindustrie und in der Agrar- und Ernährungswirtschaft.

Die **Meeresumwelt** leidet unter der zunehmenden Industrialisierung und der Ausdehnung der Städte, dem Tourismus und dem Seeverkehr. Die Folge ist eine zunehmende Erosion der Küstenstreifen, Wasserverschmutzung und Abnahme der Biodiversität der Küsten.

Was die **Bodendegradation** betrifft, sind mehr als 70 % der Ackerflächen von Erosion betroffen. Die Verschlechterung des Bodens ist auf Überdüngung, Abholzung und unangemessene landwirtschaftliche Praktiken zurückzuführen. Außerdem stellt die Verschlammung der Wasserreservoirs infolge der Bodenerosion ein großes Problem dar. Die Desertifikation, zu der auch das trockene Klima und die übermäßige Ausbeutung der natürlichen Ressourcen beitragen, ist ein Problem, das dringend angegangen werden muss.

Die Marokko betreffenden **grenzübergreifenden Umweltfragen** umfassen die Verschmutzung der Küstengewässer im Mittelmeer und im Atlantik. Verschmutzte Strände entlang dieser Küsten stellen eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit, die marinen Ökosysteme und die Fischerei dar.

Was **globale Umweltfragen** und insbesondere den Klimawandel betrifft, ist Marokko 2002 dem Kyoto-Protokoll beigetreten und muss daher entsprechende Vorkehrungen treffen und gegebenenfalls konkrete politische Maßnahmen umsetzen, um vor allem im Energiesektor und in der Schwerindustrie die Treibhausgasemissionen zu verringern.

2) **Umweltpolitik**

Marokko hat 1995 eine nationale Strategie für Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung verabschiedet, die mittelfristige (2005) und langfristige (2020) Ziele für die Verbesserung der Umweltqualität festlegt und die Berücksichtigung von Umweltfragen bei den Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung vorschreibt.

Zur Umsetzung dieser Strategie hat Marokko einen nationalen Aktionsplan für die Umwelt (*Plan d'Action National pour l'Environnement* – PANE) verabschiedet. Darin werden der Schutz und die nachhaltige Bewirtschaftung der Wasser- und Bodenressourcen und der natürlichen Lebensräume, die Reinhaltung der Luft, die Förderung erneuerbarer Energien, Maßnahmen zur Vorbeugung von Naturkatastrophen und Schutzmaßnahmen gegen technologische Gefahren, die Verbesserung der städtischen Umwelt, die Umweltbewirtschaftung und die Medien als prioritäre Aktionsbereiche aufgeführt.

Marokko hat außerdem mehrere sektorbezogene Pläne und Programme verabschiedet, z. B. zur Desertifikation und zur integrierten Wasserbewirtschaftung sowie zur Überwachung des Grundwassers und der Oberflächengewässer. Nationale Strategien in den Bereichen Abfallbewirtschaftung, Industrieemissionen und Schutz der natürlichen Lebensräume werden derzeit ausgearbeitet.

3) **Umweltschutz-Rechtsvorschriften und ihre Umsetzung**

Im Jahr 2003 wurde ein Gesetz für den Umweltschutz verabschiedet.

Was die **horizontalen Rechtsvorschriften** betrifft, wurde 2003 ein Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) verabschiedet. Die entsprechenden Durchführungsdekrete werden derzeit erarbeitet. Die Zahl der Projekte, die einer UVP unterzogen werden, nimmt zu. Die Umweltverträglichkeitsprüfungen werden jedoch auf freiwilliger Basis ohne klaren rechtlichen Rahmen durchgeführt. Spezifische Rechtsvorschriften über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen fehlen gänzlich. Die nationale Beobachtungsstelle für die Umwelt (*Observatoire National pour l'Environnement* – ONE), die Umweltdaten erhebt und aufbereitet, unterhält eine für die Öffentlichkeit zugängliche Internetseite. Sie hat ein Umweltinformations- und Datensystem (*Système d'Informations et de Données Environnementales* – SIDE) entwickelt. Der erste Bericht über den Zustand der Umwelt Marokkos wurde 2002 veröffentlicht.

Bezüglich der **Luftqualität** wurden 2003 einschlägige Rechtsvorschriften zur Überwachung der Luftverschmutzung verabschiedet. Entsprechende Durchführungsbestimmungen werden

derzeit ausgearbeitet, insbesondere solche zur Errichtung von Netzen zur Überwachung der Luftqualität und zur Festlegung von Normen für die Emissionen aus ortsfesten Quellen. Programme zur Verbesserung der Luftqualität sind vorhanden.

Den rechtlichen Rahmen für die **Wasserqualität** bildet das Wasserversorgungsgesetz (*Code de l'Eau*) von 1995. Es regelt den Schutz und den Erhalt der Wasserressourcen, die Abwassereinleitung und die Nutzung von aufbereiteten Abwässern. Die jüngsten Rechtsvorschriften betreffen die Verschmutzung von Grundwasser und Oberflächenwasser. Zur Überwachung der Qualität von Grundwasser und Oberflächenwasser wurde ein Programm eingerichtet.

Zur **Abfallbewirtschaftung** wurde vor kurzem ein Gesetzestext verabschiedet. Eine Abfallbehandlungsstrategie wird derzeit ausgearbeitet. Die Beteiligung der Privatwirtschaft an der Bewirtschaftung fester Abfälle ist relativ hoch, insbesondere was die Müllabfuhr und -beseitigung in mittleren und großen Städten angeht. Auf nationaler Ebene wurde ein ministerieller Ausschuss für die Bewirtschaftung fester Abfälle eingerichtet, der die Ausweitung der Beteiligung der Privatwirtschaft auf die provinzielle und lokale Ebene erleichtern und lenken soll.

Zum **Schutz des natürlichen Lebensraums** werden derzeit eine Strategie und ein Aktionsplan für die Erhaltung der biologischen Vielfalt entwickelt. Es wurden 10 Nationalparks und Gebiete von biologischem Interesse geschaffen.

In Bezug auf die **Bodennutzung** wurde ein nationaler Aktionsplan für die Bekämpfung der Desertifikation aufgestellt. Dieser Aktionsplan zielt auch auf die Verringerung der Armut ab und soll zur ländlichen Entwicklung beitragen.

In Bezug auf die **industrielle Umweltverschmutzung** werden die derzeitigen Rechtsvorschriften über Industrieanlagen im Hinblick auf die Einführung eines Betriebserlaubnissystems geprüft. Eine Strategie zur Eindämmung der industriellen Umweltverschmutzung befindet sich in Vorbereitung. Der Fonds für die Schadstoffverringerung in der Industrie (*Fonds de Dépollution Industrielle* – FODEP) wurde aufgelegt, um Anreize für ein Umweltmanagement in den Unternehmen zu schaffen. Das „Zentrum für saubere Produktion“ (*Centre de Production Propre*) hat die Aufgabe, die ökologische Effizienz vor allem in KMU zu fördern.

Ein allgemeiner rechtlicher Rahmen besteht zwar für den Umweltschutz und seine Teilbereiche, es fehlen aber noch entsprechende Durchführungsvorschriften, insbesondere was die Umweltverträglichkeitsprüfung angeht. Aufgrund begrenzter administrativer Infrastrukturen und fehlender finanzieller Mittel hat Marokko Schwierigkeiten mit der Umsetzung bzw. Durchführung.

4) **Verwaltungskapazität**

Das Ministerium für Raumordnung, Wasser und Umwelt (*Ministère pour l'Aménagement du Territoire, de l'Eau et de l'Environnement*) wurde 1995 eingerichtet. Das Gesundheitsministerium (*Ministère de la Santé*) ist für die Wasserqualität und die Information der zuständigen Behörden und der Öffentlichkeit verantwortlich. Die staatliche

Wasserbehörde (*Office National de l'Eau Potable – ONEP*) ist für die Qualität des Trinkwassers verantwortlich. Die ministerienübergreifende Koordinierung in Wasserfragen liegt beim Ministerium für Raumordnung, Wasser und Umwelt. Der 1980 eingerichtete Nationale Umweltrat (*Conseil National de l'Environnement*) hat beratende Funktion und koordiniert die verschiedenen Umweltschutzmaßnahmen. In verschiedenen mit Umweltfragen befassten Ministerien (Landwirtschaft, Industrie, Verkehr) wurden Umweltbüros ("*Cellules Environnementales*") eingerichtet, um die politische Koordinierung zu erleichtern.

Dem Ministerium für Raumordnung, Wasser und Umwelt unterstehen 16 regionale Aufsichtsbehörden. Jede dieser Aufsichtsbehörden verfügt über eine für Umweltaufsicht zuständige Abteilung. Die Gemeinden sind für alle kommunalen Dienste zuständig und damit auch für die Abfallbewirtschaftung in den Städten, die mehr als eine Gemeinde umfassen. Die Umweltkontrollen werden derzeit aus dem zentralen Haushalt finanziert, für die regionalen Kontrollen 2006 sollen jedoch spezifische Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Für die Bewertung, Planung und Bewirtschaftung der Wasserressourcen in den Wassereinzugsgebieten wurden Wasserwirtschaftsverbände (*Agences de Bassin Hydraulique*) gegründet. Die für diese Tätigkeiten verfügbaren finanziellen Mittel sind jedoch unzureichend.

Gemäß dem Gesetz von 2003 über den Naturschutz wurde ein nationaler Umweltfonds geschaffen. Der Fonds ist jedoch noch nicht betriebsbereit, weil noch keine geeigneten Durchführungsdekrete erlassen wurden. Gleichzeitig hat eine Debatte über den Nutzen eines solchen Fonds eingesetzt.

Die Nationale Beobachtungsstelle für die Umwelt (*Observatoire National de l'Environnement - ONE*), die für die Erhebung und Aufbereitung von Umweltdaten verantwortlich ist, hat 1998 ein Umwelteinformations- und Datensystem entwickelt. Erhebung und Koordinierung der Aufbereitung der Umweltdaten stellen jedoch noch eine große Herausforderung dar.

Im Sinne einer strategischen Planung stellen Umsetzung und Durchführung des Umweltrechts sowie der Ausbau der administrativen Infrastrukturen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene eine große Herausforderung für Marokko dar, insbesondere was die Koordinierung zwischen den zuständigen Behörden angeht.

5) Beteiligung an regionalen und internationalen Prozessen

Marokko hat alle einschlägigen internationalen und regionalen Umweltschutzübereinkommen ratifiziert, mit Ausnahme des sogenannten *SPA & Biodiversity*-Protokolls zu speziell geschützten Gebieten und des neuen Notfall-Protokolls der Barcelona-Konvention (*Emergency Protocol*).

Auf regionaler Ebene nimmt Marokko am **Arabischen Rat der Umweltminister, an der Afrikanischen Konferenz der Umweltminister und am Aktionsplan für das Mittelmeer** teil.

Im November 2005 haben sich die Europa-Mittelmeer-Partner einschließlich Marokkos verpflichtet, einen plausiblen Zeitrahmen für die Umweltsanierung des Mittelmeers bis 2020 zu beschließen. Die Umsetzung des Ziels, die Umweltbelastungen zu verringern, erfordert

von allen Mittelmeerakteuren regionale und nationale Aktionen. Kernpunkte der Initiative Horizont 2020 sind die Inangriffnahme der Hauptverschmutzungsursachen einschließlich der Industrieemissionen, der kommunalen Abfälle und der kommunalen Abwässer.

Marokko beteiligt sich an der **Mittelmeerkomponente der EU-Wasser-Initiative**, der regionalen Komponente der EU-Wasser-Initiative, wie sie auf dem Weltgipfel von 2002 für nachhaltige Entwicklung auf den Weg gebracht wurde. Die Initiative zielt auf die Förderung eines besseren Wassermanagements und die Koordinierung zwischen den Schlüsselakteuren in der Region ab.

Im Februar 2006 errichteten Algerien, Libyen, Mauretanien, Marokko und Tunesien ein Netz für die Konformität und Inkraftsetzung des Umweltrechts (*Réseau pour la conformité et la mise en vigueur de la législation environnementale* - NECEMA) Es zielt darauf ab, durch den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren ein gutes Umweltmanagement in der Region zu fördern.

Auf **bilateraler Ebene** wurden Kooperationsvereinbarungen in Umweltfragen unterzeichnet, insbesondere mit Tunesien, Libyen und Ägypten.

6) Prioritäre Aktionsbereiche

Marokko ist auf dem Gebiet des Umweltschutzes mit vielen Herausforderungen konfrontiert. Die wichtigsten Umweltfragen für Marokko betreffen Wasserqualität, Abfallbewirtschaftung, Küstenverschmutzung, Naturschutz und fortschreitende Wüstenbildung.

Was die klimatischen Veränderungen betrifft, muss Marokko die einschlägigen Bestimmungen des Kyoto-Protokolls zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen umsetzen. Marokko hat große Chancen, die flexiblen Mechanismen dieses Protokolls zu nutzen.

Die strategische Planung, die Durchführung und die Anwendung des Umweltrechts sowie die Koordinierung zwischen den zuständigen Behörden stellen für Marokko eine große Herausforderung dar.

Die wichtigsten Umwelt-Aktionsbereiche sind im Abschnitt "Umwelt" des im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik erstellten Aktionsplans EU-Marokko aufgeführt. Im Aktionsplan sind eine ganze Reihe prioritärer Aktionen festgelegt, die von einem guten Umweltmanagement über spezifische Aktionen bis hin zur internationalen und regionalen Zusammenarbeit in Umweltfragen reichen. Die bei der Umsetzung des Aktionsplans erzielten Fortschritte werden zur Erreichung der Ziele des Assoziierungsabkommens beitragen.

Anhang 3 - Verzeichnis der Geber



Microsoft Excel
Worksheet

Anhang 4 - Wirtschaftsanalyse

1. Makroökonomische Entwicklungen

1.1. Die Entwicklungen im realen Sektor der Wirtschaft

Der Rückgang der landwirtschaftlichen Erzeugung, die gestiegenen Rohölpreise und die Aufhebung der Quoten für Textilerzeugnisse haben 2005 zu einem deutlichen Rückgang des Wirtschaftswachstums geführt (von 4,2 % im Jahr 2004 auf 1,7 % im Jahr 2005¹¹). Im Primärsektor ist die Wirtschaftstätigkeit um 12,5 % zurückgegangen, hauptsächlich wegen der Auswirkung der ungünstigen Witterung auf die Erzeugung der Agro-Industrien. Auch die verarbeitende Industrie verzeichnete ein verlangsamtes Wachstum, während Verkehr, Kommunikation und Fremdenverkehr hohe Zuwachsraten verbuchten. Insgesamt wurde ohne den Beitrag der Landwirtschaft ein Wachstum von 4 % erreicht. Die offizielle Arbeitslosenquote blieb mit 11 % hoch, in den Ballungsgebieten betrug sie fast 20 %.

1.2. Haushaltspolitik

Die derzeit durch hohe Defizite gekennzeichnete Finanzsituation birgt mittelfristig einige Risiken. Die Regierung verfolgt jedoch eine Strategie der mittelfristigen Konsolidierung, indem sie ein Defizit von maximal 3 % des BIP anstrebt. Im Oktober 2005 hat der Finanzminister dem Repräsentantenhaus den Haushaltsvorentwurf für 2006 vorgelegt, in dem er von einem Defizit von 3,2 % des BIP ausgeht (bzw. von 4,2 %, wenn man die Einnahmen aus Privatisierungen nicht berücksichtigt). Dieser Zahl liegt ein angenommenes Wachstum von 5,4 % des BIP zugrunde, das nur erreicht werden kann, wenn die Landwirtschaft einen deutlichen Aufschwung verzeichnet. Das Staatsdefizit belief sich 2005 auf 4,7 % des BIP (bzw. 6,2 % ohne die Einnahmen aus den Privatisierungen). Es entstand unter anderem aufgrund eines schwächeren Wirtschaftswachstums, höhere Subventionen für Mineralölerzeugnisse und die Sonderausgaben für die vorzeitige Pensionierung von Beamten.

1.3. Geld- und Währungspolitik

Trotz der hohen Rohölpreise ging die Inflationsrate 2005 um einen halben Prozentpunkt zurück. Dies wurde durch die Festschreibung des Wechselkurses und eine unter dem Eindruck einer deutlichen Verlangsamung des Wirtschaftswachstums vorsichtige Währungspolitik erreicht. Die Rahmenbedingungen für die Geldpolitik haben sich durch das Inkrafttreten der neuen Statuten der Zentralbank 2006 erholt. In den Statuten wird die Preisstabilität als wichtigstes Ziel der Geldpolitik festgeschrieben, wodurch die Zentralbank eine größere Unabhängigkeit erhält. Demgemäß legt der Verwaltungsrat der Al-Maghrib-Bank die Zwischenziele und den operativen Rahmen für die Geld- und Währungspolitik fest. Darüber hinaus legt er den Zinssatz für die Bankgeschäfte und die Höhe der Währungsreserven sowie die Bedingungen für die Ausgabe von Schuldtiteln der Zentralbank fest.

1.4. Entwicklung des Außenhandels

Marokko hat seit 2001 Leistungsbilanzüberschüsse verzeichnet, die auf die Einnahmen aus dem Tourismus und die Transferzahlungen der Marokkaner, die im Ausland leben (2004 beliefen sich diese Einnahmen auf 7,8 bzw. 8,4 % des BIP) zurückzuführen sind. Allerdings

¹¹ Finanzministerium, Direktion für Studien und finanzielle Prognosen

hat sich der Leistungsbilanzüberschuss von 1,9 % des BIP im Jahr 2004 in ein Defizit von 0,9 % des BIP im Jahr 2005 gewandelt, was hauptsächlich auf den gestiegenen Rohölpreis und die stagnierenden Ausfuhren zurückzuführen ist. Die Ausfuhr von Textilerzeugnissen war durch das Auslaufen des Multifaserabkommens 2004 beeinträchtigt, allerdings in geringerem Maße als vorhergesehen. Transferzahlungen, Einnahmen aus dem Tourismus und direkte ausländische Investitionen sind dagegen 2005 stark gestiegen.

Dem starken Rückgang der Ausfuhren in die EU im ersten Vierteljahr 2005 war eine starke Zunahme 2004 vorangegangen, wodurch der Marktanteil mittelfristig nahezu unverändert blieb. Im Allgemeinen bedeutet die Nähe zu den wichtigen Märkten der EU für Marokko einen wichtigen Wettbewerbsvorteil in der internationalen Arbeitsteilung, insbesondere in der Textilindustrie. Folglich verfügt Marokko über ein großes Handelspotential, beispielsweise in Bezug auf die Verlagerungsstrategien der europäischen Industrieunternehmen, vorausgesetzt, das Land kann den Qualifikationsbedarf bei den Arbeitskräften befriedigen.

2. Liberalisierung des Handels und Öffnung der Wirtschaft

Die Umsetzung des Assoziierungsabkommens mit der EU schreitet wie geplant voran, der Abbau der Zölle entspricht dem Zeitplan. Außerdem wird 2006 voraussichtlich die (diagonale) paneuropäische Kumulation hinsichtlich der Ursprungsregeln auf Marokko ausgedehnt. Marokko kann dadurch die Gewinne, die es aus der Freihandelszone Europa-Mittelmeer zieht, deutlich ausbauen. Sie kommen aber erst dann wirklich zum Tragen, wenn Marokko die Freihandelsvereinbarungen mit seinen Partnerländern im Mittelmeerraum zum Abschluss gebracht hat. Der König hat vor kurzem den Agadir-Vertrag über eine zusätzliche Freihandelszone zwischen Marokko, Tunesien, Jordanien und Ägypten ratifiziert.

Außerdem haben Marokko, Algerien und Tunesien einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen sowie der wirtschaftlichen Integration der Länder des Maghreb zugestimmt. Im November 2005 fand in Algier eine Konferenz zur Erleichterung der Handelsbeziehungen statt, auf der vereinbart wurde, Arbeitsgruppen einzurichten und Folgetreffen zu veranstalten. Die Öffnung der Grenze zwischen Marokko und Algerien würde einen Fortschritt für den Handel und den Wohlstand in der Region mit sich bringen. Es wurden neue Anstrengungen unternommen, um die Union des Arabischen Maghreb (UMA) neu zu beleben, zu der auch Libyen und Mauretanien gehören. Darüber hinaus wurden 2006 Verhandlungen über eine weiter gehende Liberalisierung des Handels mit Agrarerzeugnissen und Dienstleistungen in der Freihandelszone Europa-Mittelmeer aufgenommen. Und schließlich wurde das Inkrafttreten des Freihandelsabkommens mit den Vereinigten Staaten auf 2006 verschoben.

3. Handelsklima

3.1. Privatisierung, Unternehmensumstrukturierung und Handelsklima

Die marokkanischen Behörden erzielen seit 2003 mit ihrer Privatisierungspolitik jährlich Einnahmen von 2,3 bis 2,9 % des BIP. Die Behörden haben in einigen Sektoren das Handelsklima deutlich verbessert, insbesondere im sich schnell entwickelnden Telekommunikationsbereich. In anderen Bereichen wurden Reformen in die Wege geleitet, von denen viele jedoch noch nicht effizient umgesetzt wurden. Die Verbesserung des Zugangs kleiner und mittlerer Unternehmen (dem Herzstück der marokkanischen Privatwirtschaft) zu Krediten müsste zum vorrangigen Ziel werden.

Die hauptsächlich strukturellen Schwierigkeiten beim Kreditzugang hängen mit der Problematik der Eigentumsrechte, der Einhaltung der Verträge, den Informationssystemen der Unternehmen und der mangelnden Kompetenz des Finanzmanagements im Unternehmenssektor zusammen. Andere wichtige Hindernisse für die Entwicklung des Privatsektors haben mit der Steuerverwaltung (und der Erteilung von Genehmigungen), den Arbeitsmarktvorschriften (siehe weiter unten), dem Schutz der Investoren und den Einschränkungen für den grenzüberschreitenden Handel durch komplizierte Zolltarifstrukturen und das Fehlen effizienter Hafendienste zu tun.

3.2. Reform des Finanzsektors

Im Jahr 2005 wurde das Bankengesetz geändert, um der Zentralbank mehr Kompetenzen einzuräumen, die mittlerweile für die Erteilung von Lizenzen für Kreditinstitute und die Erarbeitung von Regelungen für das Bankensystem und die Überwachung zuständig ist. Die Al-Maghrib-Bank wurde damit beauftragt, ein Krisenpräventionssystem auszuarbeiten und den Prozess der finanziellen Sanierung von in Schwierigkeiten geratenen Banken zu verwalten. Im Zuge der Liberalisierung der Bankentätigkeit hat die Zentralbank die Aufsichtsregeln verschärft und an internationale Standards angepasst. Neben der Entscheidung, das Mindestkapital der Banken zu erhöhen, wurde der Solvenzkoeffizient auf 8 % angehoben. Darüber hinaus wurden die Fremdwährungsrisiken begrenzt und neue Regeln für die Rechnungslegung, das interne Controlling, externe Audits und die Bekämpfung von Geldwäsche verabschiedet.

3.3. Reform des Arbeitsmarkts

2004 wurde ein neues Arbeitsgesetz verabschiedet, durch das die Arbeitsbeziehungen verbessert und der Arbeitsmarkt flexibler werden dürften. In dem Gesetz ist die Gleichstellung und das Verbot jeglicher Diskriminierung verankert. Durch das Gesetz werden spezifische Maßnahmen zum Schutz von Frauen konsolidiert und die Beschäftigung von Kindern unter 15 Jahren verboten. Bislang wurde es jedoch noch nicht vollständig umgesetzt. Die Gleichbehandlung der Frauen in Arbeitsverhältnissen und die Bekämpfung der illegalen Kinderarbeit stellen weiterhin große Herausforderungen dar.

4. Öffentliche Einrichtungen und staatliche Finanzverwaltung

4.1. Steuerreform und Reform der öffentlichen Verwaltung

Die marokkanischen Behörden planen, 2006 eine Steuerreform einzuleiten und insbesondere die Mehrwertsteuer anzupassen. Sie haben zusammen mit dem Haushaltsplan für 2006 einen Bericht über die Steuerausgaben veröffentlicht, um die Öffentlichkeit über die Ineffizienz des Steuersystems zu informieren. Die wachsende Zahl der Steuerbefreiungen (die 2004 fast 15 % der Gesamtsteuereinnahmen ausmachten) deutet darauf hin, dass die Steuern zunehmend auf einer schmalen Besteuerungsgrundlage lasten. Das Mehrwertsteuersystem mit seinen fünf verschiedenen Steuersätzen und den zahlreichen Befreiungen ist zu kompliziert und schwer zu verwalten. Die Regierung hat die öffentliche Finanzverwaltung umstrukturiert und das Haushaltsverfahren, das ab 2007 eine mittelfristige Vorausschau beinhalten wird, neu geordnet.

Die Regierung wird ihre Strategie des Einstellungsstopps im öffentlichen Dienst fortführen und ein modernes System zur Verwaltung der Ressourcen und Gehälter einführen, um die Lohn- und Gehaltssumme zu verringern und die Effizienz der öffentlichen Verwaltung zu

steigern. Das Vorruhestandsprogramm von 2005, das ungefähr 38 000 Angestellte im öffentlichen Dienst betraf, wird mittelfristig zu deutlichen Einsparungen bei den Gehältern führen. Eine verantwortungsvolle Regierung und ein zuverlässiges politisches Umfeld, eine effiziente öffentliche Verwaltung und ein eindeutiger rechtlicher Rahmen sind weiterhin die größten Herausforderungen der politischen Reform.

5. Soziale Entwicklung und Armut

5.1. Die nationale Strategie zur Verringerung der Armut

Trotz der festzustellenden Fortschritte ist die Armutsbekämpfung in Marokko weiterhin eine wichtige Aufgabe. Die Steigerung des Pro-Kopf-BIP im Laufe der letzten Jahre von 1 310 USD im Jahr 2003 auf 1 520 USD im Jahr 2004 verteilt sich nicht gleichmäßig auf die Bevölkerung und reicht auch nicht aus, um den Lebensstandard deutlich zu verbessern. 2003 war die Kindersterblichkeit in Marokko neunmal höher als in der EU. Das wichtigste Instrument zur Verringerung der Armut und die wichtigste Herausforderung sind die Steigerung des Wirtschaftswachstums und der Produktivität. Vor kurzem hat Marokko strategische Reformen in Gang gesetzt, die mittelfristig zu einer Steigerung der Produktivität führen werden (siehe Punkt 3 und 4).

In Marokko werden mehrere Programme zur Verringerung der Armut durchgeführt, die insbesondere von den Vereinten Nationen und der Weltbank, die sich mit diesen Fragen beschäftigen, unterstützt werden. Eine verbesserte Koordinierung und eine stärkere Fokussierung auf die Notwendigkeit, die Produktivität zu steigern, würden erwiesenermaßen zu einer besseren Effizienz einiger Programme beitragen.

6. Prioritäre Umweltbereiche mit Handlungsbedarf

Marokko ist mit einer Vielzahl von Herausforderungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes konfrontiert. Die wichtigsten Bereiche sind Wasserqualität, Abfallbewirtschaftung, Küstenverschmutzung, Naturschutz und fortschreitende Wüstenbildung.

Die mit Umweltfragen betrauten Verwaltungsstrukturen und Institutionen müssen ausgebaut werden, insbesondere im Bereich der strategischen Planung, Durchführung und Anwendung der Umweltschutzvorschriften.

Die wichtigsten Umweltbereiche, in denen Handlungsbedarf besteht, sind im Abschnitt "Umwelt" des im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik erstellten Aktionsplans EU-Marokko aufgeführt. Im Aktionsplan sind eine Reihe von umweltpolitischen Prioritäten festgelegt, die vom guten Umweltmanagement über spezifische Aktivitäten bis hin zur internationalen und regionalen Zusammenarbeit in Umweltfragen reichen. Die Fortschritte bei der Verwirklichung der im Aktionsplan festgeschriebenen Ziele werden auch dazu beitragen, die im Assoziierungsabkommen genannten Ziele zu erreichen.

MOROCCO

Main economic indicators

	2001	2002	2003	2004	prel. 2005
Real sector					
Real GDP growth (% change)	6.3	3.2	5.5	4.2	1.8
Inflation CPI (period average)	1.8	0.6	-0.1	1.5	1.0
GDP nominal, in USD billion	33.9	36.1	43.8	50.0	..
GDP per capita, in USD	1220	1270	1520	1710	..
Social Indicators					
Unemployment	12.8	12.5	11.4	10.8	11.0
Literacy total (% of ages 15 and above)	..	50.7
Literacy female (% of ages 15 and above)	..	38.3
Under 5 mortality rate, %	..	4.3	3.9
Fiscal Sector					
Total revenues, % of GDP ¹	25.0	24.7	24.5	25.1	26.4
Total expenditure, % of GDP excl. Hassan II Fund	31.1	29.6	29.9	30.5	31.6
Central govt. balance, % of GDP	-5.6	-4.5	-4.9	-4.6	-6.2
Central govt. balance, % of GDP ²	-5.7	-4.7	-5.3	-4.9	..
Central govt. balance, % of GDP ³	0.4	-4.5	-2.5	-2.6	..
Total Government Debt, % of GDP	74.7	71.4	68.5	66.4	69.9
Monetary sector					
Private Sector Credit (% change)	4.0	3.8	8.3	8.6	9.1
Private Sector Credit as % of total credit	70.9	70.8	72.5	75.2	77.9
Broad money (M3), % yoy	14.2	6.3	8.6	7.6	5.8
Degree of Monetisation (M3/GDP, %)	85.5	87.7	90.1	93.7	94.3
External sector					
Current account balance, % of GDP	4.8	4.1	3.6	2.2	-0.9
Trade balance, % of GDP	-8.9	-8.5	-9.9	-13.0	-16.0
Foreign direct investment flows, % of GDP	8.0	1.3	5.3	1.6	2.5
Import cover (months)	8.2	9.1	10.4	10.0	8.6
External Vulnerability					
Total external debt, % of GDP	47.8	40.9	35.1	30.8	30.2
Debt Service Ratio ⁴	16.2	16.5	14.2	12.8	10.6
Gross reserves (USD billions, eop)	8.4	10.1	13.8	16.3	16.0
Reserves/M3	28.4	31.3	34.2	35.1	..
Financial sector					
Short-term interest rate ⁵	4.4	3.0	3.2	2.4	..
Exchange rate (per USD, avg.)	11.3	11.02	9.57	8.97	..
Exchange rate (per EUR, avg)	10.1	10.4	10.8	11.0	..
Real effective exchange rate (1992=100)	112.1	111.4	109.5	112.4	..

Sources: Bank Al-Maghrib, Ministry of Finance and Privatisation, IMF, World Bank, EIU.

¹ Includes tariffs earmarked for food subsidies and revenues of the road fund.

² Including Hassan II Fund.

³ Including Hassan II Fund and privatisation revenues.

⁴ Percentage of exports of goods, nonfactor services and MRE (Public and publicly guaranteed debt, excl. early amortization on account of debt swaps).

⁵ Avg. money market rate, %.

Anhang 5 - Abkürzungsverzeichnis

2PA	Begleitprogramm zur Umsetzung des Nachbarschaftsaktionsplans
AA	Assoziierungsabkommen (mit der Europäischen Union)
AFD	Agence française de développement (Französische Entwicklungsagentur)
AU	Afrikanische Union
BAD	Banque africaine de développement (Afrikanische Entwicklungsbank)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CAS	Country assistance strategy (Länderstudien der Weltbank)
CE	Europäische Kommission
EIB	Europäische Investitionsbank
EIDHR	Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
ENP-Aktionsplan	Aktionsplan im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik
ENPI	Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument
EU	Europäische Union
F&E	Forschung und Entwicklung
FHZ	Freihandelszone
GTZ	Gesellschaft für technische Zusammenarbeit
HJ	Haushaltsjahr
IER	Instance Equité et Réconciliation (Versöhnungskommission in Marokko)
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologie
INDH	Initiative Nationale pour le Développement Humain (Nationale Initiative für menschliche Entwicklung in Marokko)
IOM	Internationale Organisation für Migration
IPEM	Investitionsfazilität und Partnerschaft Europa-Mittelmeer
IWF	Internationaler Währungsfonds
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
LSP	Länderstrategiepapier
MENA	Région Moyen-Orient et Afrique du Nord (Region Mittlerer Osten und Nordafrika)
MFA	Multi-fibre-Agreement (Multifaserabkommen)
Mio. €	Millionen Euro
NGO	Nichtregierungsorganisation
NRP	Nationales Richtprogramm
ÖEH	Öffentliche Entwicklungshilfe
P3A	Begleitprogramm zur Umsetzung des Assoziierungsabkommens
PAE	Aktives Beschäftigungsprogramm
PNP	Prêts non performants (nicht beitreibbare Darlehen)
S&E	Begleitung und Bewertung
SAF	Strukturanpassungsfazilität
SWAP	Sektorbezogener Ansatz
TH	Technische Hilfe
UMA	Union des Arabischen Maghreb
UN	Vereinte Nationen
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
WB	Weltbank
WTO	Welthandelsorganisation